



Steuer-Aus für AKW

Eon, RWE und EnBW hoffen auf eine Steuerbefreiung der AKW-Brennelemente in Milliardenhöhe – nur deshalb sind viele Reaktoren noch am Netz

→ Schwerpunkt Seite 6 – 11

AKW-Brennelement von oben Foto: Foro Nuclear

Kommission am Ende, Konflikte ungelöst

Stellungnahme von Anti-Atom-Initiativen zum Bericht der Atommüll-Kommission

→ Seite 14–15

Schrauben locker in Philippsburg

Die Not mit dem Notstromdiesel

→ Seite 18

Ist der Schulbunker Tihange-sicher?

Rissiges AKW in Belgien macht Aachener SchülerInnen zu AtomkraftgegnerInnen

→ Seite 16–17

Inhalt

3 Editorial

4 Anti-Atom-Meldungen

6 Letzte Hoffnung Steuerbefreiung

Einführung | Selbst mit abgeschriebenen Atommeilern ist kaum noch Geld zu verdienen. Nur die Aussicht auf ein riesiges Steuergeschenk hält sie noch am Netz

8 Atom vs. Sonne

Hintergrund | Energiepolitik absurd: Die Steuerbelastung von Atomkraftwerken soll sinken, die von Solaranlagen steigen

9 Strahlen-Schlupfloch stopfen!

Hintergrund | Mit Einnahmen von einer Milliarde Euro aus der Brennelemente-Steuer rechnet Finanzminister Schäuble für 2016 – eine Luftnummer. Denn die AKW-Betreiber tricksen: Neuen Brennstoff wollen sie erst zum Jahreswechsel laden, wenn die Steuer weggefallen ist

10 Die SPD muss handeln

Aktion | Die SPD fordert seit Jahren – völlig zu Recht –, die Brennelemente-Steuer zu verlängern. Jetzt muss sie aktiv werden ...

12 Keinen Schritt weiter

Analyse | Wer über eine Million Jahre Sicherheit beim Umgang mit Atommüll reden will, muss zunächst seriös mit den Atommüll-Problemen im Hier und Jetzt umgehen

14 Außer Spesen nichts gewesen

Dokumentation | „Keinen Schritt weiter“ – Stellungnahme zur Arbeit und zum Ergebnis der „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“

16 „Ich hab erzählt, was ich schlimm finde“

Porträt | Sarah Esser, 15, ist durch das Pannen-AKW gleich hinter der Grenze zur Atomkraftgegnerin geworden

18 Not-Aus beim Notstromtest

Hintergrund | Kontrollen wurden vorgetäuscht, Aggregate versagten, die Ursachen sind bis heute ungeklärt, EnBW verschleierte. Trotzdem durfte das AKW Philippsburg-2 wieder ans Netz

19 .ausgestrahlt-Shop

21 Atomkraft in der Slowakei

Hintergrund | Der EU-Beitritt bringt das Aus für zwei Reaktoren, nicht aber für den Bau von neuen – selbst mit 30 Jahre alten Teilen

22 Rückblick

24 Atomstrom verstopft das Netz

Infografik | Ökostrom wird abgeregelt, während Atomkraftwerke ungebremst Strom einspeisen. Zugleich beschränkt die Regierung den Ausbau erneuerbarer Energien – weil angeblich kein Platz im Stromnetz ist

Über .ausgestrahlt

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen AtomkraftgegnerInnen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen.

Viele nutzen die Angebote von .ausgestrahlt für ihr Anti-Atom-Engagement. Hinter der Planung von .ausgestrahlt steckt ein derzeit 16-köpfiges Team von Ehrenamtlichen, Angestellten und PraktikantInnen.

www.ausgestrahlt.de/ueber-uns/team

Dieses .ausgestrahlt-Magazin erscheint vier Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu – auch Dir.

www.ausgestrahlt.de/magazin

Der .ausgestrahlt-Newsletter informiert Dich alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen.

www.ausgestrahlt.de/newsletter

Bereits **3.159 Förderer und Förderinnen** legen mit ihrer regelmäßigen kleinen oder großen Spende die Basis für die kontinuierliche Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank!

www.ausgestrahlt.de/foerdern

Ab Dezember 2016 haben wir wieder Platz für **PraktikantInnen**.

www.ausgestrahlt.de/praktikum

Spendenkonto

.ausgestrahlt e.V.

IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00

BIC: GENODEM1GLS

GLS Bank

Spenden sind steuerlich absetzbar.

Impressum

.ausgestrahlt

Marienthaler Straße 35

20535 Hamburg

info@ausgestrahlt.de

www.ausgestrahlt.de

Redaktion: Armin Simon, Jochen Stay, Julia Schumacher

Bildredaktion: Andreas Conradt

Mitarbeit: Carolin Franta, Jan Becker, Jürgen Rieger, Matthias Weyland, Reinhard Uhrig, Sarah Lahl, Ursula Schönberger, Ute Bruckart

Gestaltung: Holger M. Müller (holgermmueller.de); Entwurf:

Marika Haustein, Markus von Fehrn-Stender

Druck: Vettters, Radeburg, auf Recyclingpapier

Auflage: 45.500

V.i.S.d.P.: Jochen Stay

.ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie

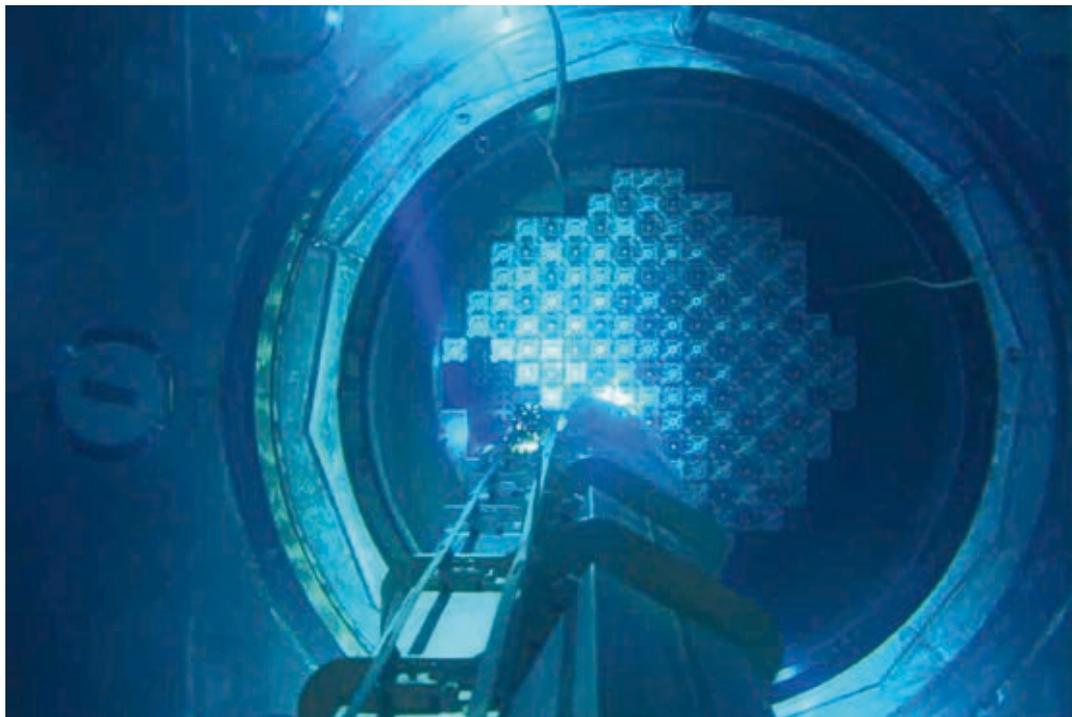


Foto: Foro Nucleair

Brennelementwechsel, von oben betrachtet. Der Reaktordeckel ist auf, entweichende radioaktive Gase lassen die Strahlenemissionen um das Hundertfache ansteigen

Nichts tun wird teuer

Liebe Leserin, lieber Leser,

läppische sechs Milliarden Euro „Risikoaufschlag“ auf ihre Rückstellungen sollen die Atom-Konzerne zahlen, um die gesamten Kostenrisiken beim Atommüll auf die Allgemeinheit abwälzen zu dürfen. Dieser Vorschlag, den die Atom-Finanz-Kommission (KFK) vor wenigen Wochen unterbreitete, ist an sich schon skandalös. Denn alle, vorneweg die AKW-Betreiber, wissen ganz genau, dass die jahrtausendelange Lagerung des Atommülls zig Milliarden mehr kosten wird, als bisher von den Atomkonzernen veranschlagt. Trotzdem ist die Bundesregierung fest entschlossen, dem Vorschlag zu folgen.

Doch damit nicht genug: Im gleichen Zug will sie den AKW-Betreibern eine Steuerbefreiung in Höhe von mehr als 5 Milliarden Euro zuschanzen. So viel Geld würden Eon, RWE und EnBW bis 2022 einstreichen, wenn sie für den Brennstoff ihrer AKW keine Brennelemente-Steuer mehr zahlen müssten. Ein durchaus reelles Szenario, denn ohne Gesetzesänderung fällt ab dem 1. Ja-

nuar keine Steuer auf AKW-Brennelemente mehr an. Eon, RWE und EnBW reiben sich schon die Hände: Ihre gefährlichen, uralten Meiler werden so wieder zu richtigen Goldesel (Seite 6–7).

Und weil es so schön ist, keine Steuern mehr zahlen zu müssen, versuchen die Atomkonzerne, die Brennelemente-Steuer auch schon dieses Jahr zu umgehen. Dafür nehmen sie auch eine erhöhte Strahlenbelastung der Bevölkerung in Kauf (Seite 9).

Welche Folgen es hat, wenn der Staat Atom-Steuern streicht, ist in Schweden zu beobachten, dem Land, das schon 1980 in einer Volksabstimmung für einen Atomausstieg votiert hat (den es bis heute nicht gibt). Die schwedische Regierung hat unlängst beschlossen, eine Atom-Steuer zu streichen. Das führt dazu, dass Reaktoren, die sonst bald vom Netz gegangen wären, nun weiter laufen werden.

Und in Deutschland? Wird die Brennelemente-Steuer gestrichen, steigt auch hier die Wahrscheinlichkeit, dass es in wenigen Jahren einen weiteren Anlauf für Laufzeitverlängerungen gibt.

Dies gilt umso mehr, je stärker die Energiewende ins Stocken gerät. Die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist da kein gutes Zeichen. Für dezentral erzeugten und selbst verbrauchten Strom aus Solar- oder kleinen Windkraftanlagen fällt demnach künftig Ökosteuer an. Der immense Eigenstromverbrauch der Atom- und Kohlekraftwerke bleibt hingegen nicht nur von der Ökosteuer, sondern auch von der EEG-Umlage befreit (Seite 8).

Insbesondere die SPD müsste längst eine Gesetzesinitiative auf den Weg gebracht haben, die Brennelemente-Steuer über 2016 hinaus zu erheben. Schließlich fordert sie ebendies seit vielen Jahren. Und es würde nebenbei auch das oben erwähnte Steuerschlupfloch stopfen. Bisher jedoch droht sie das Thema zu verschlafen. Hilf mit, sie freundlich, aber bestimmt daran zu erinnern. Wie so oft gilt: Die Politik bewegt sich erst, wenn wir ihr auf die Füße treten.

Armin Simon
und das ganze .ausgestrahlt-Team

Brexit gilt auch für Euratom

Atomkraft sei „unentbehrlich“, es gelte, eine „mächtige Kernindustrie“ zu schaffen – so stand es 1957 und so steht es noch immer im Vertrag über die Europäische Atomgemeinschaft, kurz Euratom. Gegründet, weil sich das damals für alle Beteiligten neue Feld der Atomenergie für eine staatenübergreifende Zusammenarbeit anbot, ist sie bis heute integraler Bestandteil der EU; ihr Vertragstext blieb sechs Jahrzehnte lang nahezu unverändert. Auch Deutschland fördert so noch Jahr für Jahr mit erheblichen Beiträgen die Atomkraft. Einen Ausstieg aus Euratom lehnte die Bundesregierung zuletzt 2012 ab; eine Kündigung sieht der Vertrag erst gar nicht vor.

Nun muss trotzdem genau darüber verhandelt werden. Denn das Brexit-Votum der Briten gilt zwingend auch für Euratom. Das dürfte Folgen für die bestehenden und geplanten AKW in Großbritannien haben, die dann nicht mehr auf Förderungen durch Euratom zählen können. Es könnte aber auch ein guter Anlass sein, den Vertrag und Euratom an sich grundlegend zu reformieren – oder die Europäische Atomgemeinschaft gleich ganz aufzulösen. Europa und die EU jedenfalls brauchen diesen Atom-Anachronismus sicher nicht mehr.



Foto: Daniel Memmerich

Uran aus Gronau für belgische AKW

Das Bundeswirtschaftsminister Gabriel (SPD) unterstellte Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle hat noch am 27. Januar 2016 dem Gronauer Urananreicherer Urenco eine Genehmigung für den Export von angereichertem Uran an die belgische Atomfirma Synatom erteilt. Synatom ist eine Tochter des belgischen AKW-Betreibers Electrabel, dem auch die Schrottmeiler in Tihange und Doel gehören. Bundesumweltministerin Hendricks (SPD) kritisierte zu diesem Zeitpunkt bereits seit Wochen den Weiterbetrieb der belgischen Pannreaktoren scharf. Die Bundesregierung hat in den letzten fünf Jahren nicht eine einzige Exportgenehmigung für angereichertes Uran versagt. Mitte Juni forderte die Umweltministerkonferenz der Länder die Bundesregierung auf, die Urananreicherung in Gronau stillzulegen und die Brennelemente-Fertigung in Lingen zu stoppen.



Protest gegen Urananreicherung in Gronau, 2012

Foto: Tim Mäkelburg

Elf weitere Castoren in illegales Zwischenlager?

Praktisch aushebeln will Vattenfall das Gerichtsurteil gegen das Zwischenlager Brunsbüttel mit einem perfiden Antrag. Das Oberverwaltungsgericht Schleswig hatte der Castor-Halle im Juni 2013 die Genehmigung entzogen, weil sie nicht ausreichend gegen Angriffe von außen und den Absturz großer Passagierflugzeuge geschützt ist. Die bereits eingelagerten neun Castoren stehen dort seitdem nur noch auf Basis einer Notverordnung, die das schleswig-holsteinische Energiewendeministerium nach dem Urteil eiligst erlassen hatte; die Begründung dafür: Es gebe keinen Platz, wo die Behälter ansonsten hin könnten. Ähnliches, hofft Vattenfall, könne die Atomaufsicht nun auch für die elf weiteren Castoren anordnen, die die noch im Reaktorgebäude gelagerten Brennelemente aufnehmen sollen. De jure wäre das Zwischenlager damit dann zwar immer noch illegal. De facto würde es jedoch genutzt, als hätte es niemals ein Gerichtsurteil gegeben.

Zeitplan obsolet, Kosten gleich?

Der erste hochradioaktive Atommüll kann nach Ansicht der Atommüll-Kommission möglicherweise erst Anfang des nächsten Jahrhunderts in ein unterirdisches Langzeitlager verbracht werden; entsprechend länger müsste er dann in Zwischenlagern aufbewahrt werden. Die Atom-Finanz-Kommission hingegen ist bei ihren Kostenberechnungen davon ausgegangen, dass die Einlagerung des gesamten Abfalls bereits 2098 abgeschlossen ist und ab 2099 keine Kosten mehr anfallen. Auf dieser Basis empfahl sie, die AKW-Betreiber gegen Zahlung eines Einmalbetrags von 23,3 Milliarden Euro aus der finanziellen Verantwortung für die Lagerung des Mülls zu entlassen. „ausgestrahlt fordert demgegenüber eine unbegrenzte Nachschusspflicht der AKW-Betreiber in den geplanten Atommüll-Fonds.“

www.ausgestrahlt.de

Netzausbau wegen Atom- und Kohlestrom

Die Einspeisegarantie für Atom- und Kohlestrom – und nicht das wachsende Angebot erneuerbarer Energien – ist nach einer aktuellen Expertise des Deutschen Institut für Wirtschaft (DIW) der Hauptgrund für den angeblichen Netzausbaubedarf. Das derzeitige Strommarktdesign führe dazu, dass konventionelle Kraftwerke auch bei großem Angebot an Ökostrom ihre Produktion nicht drosseln. Das Überangebot werde dann ins Ausland verkauft, belastete aber zuvor auch die innerdeutschen Transportnetze. Insbesondere die drei geplanten Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen (HGÜ-Leitungen) seien darauf angelegt, in den wenigen Stunden mit viel Wind gleichzeitig auch viel Strom aus Atom- und Kohlekraftwerken zu transportieren, kritisierten die ForscherInnen. Änderungen am Strommarktdesign und andere Maßnahmen könnten den Netzausbaubedarf auf ein technisch-ökonomisch angemessenes Niveau reduzieren.

www.diw.de



Foto: Andreas Conradt / PubliXviewing

Gorleben-Studien geschmiert

Ein von der Energie-Industrie mitfinanzierter Fonds, 1987 in eine Stiftung umgewandelt, hat jahrzehntelang „verdiente“ Mitarbeiter der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) für industriefreundliche Expertisen und Veröffentlichungen finanziell belohnt. Mit dem Hans-Joachim-Martini-Preis – benannt nach einem Ex-Präsidenten der BGR, der die Nutzung der Asse II als Atommüllkippe vorantrieb – würdigte die Stiftung etwa eine Studie der BGR zu Gorleben, die dem maroden Salzstock trotz Gasvorkommen im Salz eine Eignung als Atommüll-lager bescheinigt. Welche mit Gorleben befassten MitarbeiterInnen der BGR alles von Zahlungen profitierten und von welcher Qualität und Objektivität die weiteren Stellungnahmen der BGR zu Gorleben sind, ist unklar. Zuletzt hatten sich in der Atommüll-Kommission, die an Gorleben festhielt, insbesondere die CDU-Vertreter immer wieder auf BGR-Studien berufen.



Foto: Andreas Conradt / PubliXviewing

Castor-Transport per Schiff

15 Castor-Behälter mit abgebrannten Brennelementen aus dem stillgelegten AKW Obrigheim will der baden-württembergische Energiekonzern EnBW per Schiff zum 50 Kilometer entfernten Zwischenlager Neckarwestheim schaffen. Dem Konzern würde das den Bau einer aktuellen Sicherheitsanforderungen genügenden Zwischenlagerhalle in Obrigheim ersparen. Die Transporte sollten mit antriebslosen Schiffen, sogenannten Schubleichtern, erfolgen, die von einem Schubboot gelenkt werden. Eine Rampe am Neckarufer des AKW Neckarwestheim zum Ausladen der tonnenschweren Behälter ist bereits in Bau; die Fahrten könnten 2017 starten. AtomkraftgegnerInnen kritisieren den „Atom-müll-Shuttle“ als überflüssig und gefährlich.



Foto: pilot_micha

Die Castor-Strecke – mitten durch Heilbronn



Foto: Foto Nuclear

Viele Brennstäbe bilden ein Brennelement. Wird es erstmals zur Kernspaltung in einem AKW eingesetzt, fällt – jedenfalls derzeit noch – die Brennelemente-Steuer an. Maßgeblich für die Höhe der Steuer ist das in den Brennstäben enthaltene Uran und Plutonium

Letzte Hoffnung Steuerbefreiung

Einführung | Ökonomisch ist selbst mit abgeschriebenen Atommeilern kaum noch Geld zu verdienen – dafür hat der Ausbau der erneuerbaren Energien mit gesorgt. Nur die Aussicht auf eine massive steuerliche Entlastung im kommenden Jahr hält die Meiler weiter am Netz

Am Ende könnte schlicht der Markt der Atomkraft den Rest geben. „Nicht wirtschaftlich“, könnte das Urteil über die Reaktoren lauten. Und das trotz jahrzehntelanger Milliardensubventionen, trotz seit langem abgeschriebener Meiler, trotz Abwälzen der Atomüll-Kosten auf die Allgemeinheit, trotz minimaler Deckungssummen bei der Haftpflichtversicherung der Reaktoren. Für die Gesellschaft war Atomkraft schon immer ein schlechtes Geschäft. Nun lohnt sie sich selbst für die AKW-Betreiber nicht mehr.

Wie genau es um die Wirtschaftlichkeit ihrer Meiler bestellt ist, verraten die Konzerne zwar nicht. Doch ist es ein offenes Geheimnis, dass es seit einiger Zeit alles andere als gut aussieht. Der Zuwachs der erneuerbaren Energien – inzwischen liefern sie jede dritte Kilowattstunde Strom –

sowie der Preisverfall bei Gas und Steinkohle hat, zusammen mit den gigantischen Kraftwerks-Überkapazitäten, die Börsenstrompreise gewaltig in den Keller purzeln lassen.

Als Indikator können die durchschnittlichen tagesaktuellen Preise an der Leipziger Strombörse dienen. Die haben sich seit 2011 von 5,2 auf 2,6 Cent pro Kilowattstunde glatt halbiert (siehe Grafik). Anzeichen für eine durchschlagende Trendwende in absehbarer Zeit gibt es nicht, räumte Eon-Chef Johannes Teyssen auf der Hauptversammlung des größten deutschen Energiekonzerns Anfang Juni ein.

Auslaufende Altverträge

Weil die AKW-Betreiber den Strom aus ihren Reaktoren meist bis zu drei Jahre im Voraus verkaufen, hat sie die volle Wucht des Strom-

preisverfalls noch gar nicht erfasst. Sie profitieren von Stromlieferverträgen, die sie vor einiger Zeit noch zu weit höheren Preisen abschließen konnten. Peu à peu laufen diese Kontrakte nun aber aus. Damit schlagen die niedrigeren Börsenstrompreise mit jedem Monat mehr auf die Erlöse der AKW-Betreiber durch, denn neue Verträge richten sich nach den aktuellen beziehungsweise den in Zukunft erwarteten Börsenstrompreisen. Dass die Einnahmen der Kraftwerksbetreiber aus dem Stromverkauf weiter sinken werden, ist also sicher.

Auf der Gegenseite stehen ihre Kosten, für Personal, für Brennstoff, für Unterhalt, für Nachrüstungen – und eben für Steuern und Abgaben. Einzig bei diesem letzten Punkt regiert im Moment noch das Prinzip Hoffnung: Ende 2016, so das Kalkül von Eon, RWE und EnBW,

fällt nach bisherigem Stand die seit 2011 erhobene Kernbrennstoffsteuer weg. Pro Reaktor und Tag würde das ein Plus von rund 500.000 Euro bedeuten. Damit wären die Atommeiler wieder wirtschaftlich, wenn nicht gar richtig rentabel. Nur deshalb sind sie bis heute alle acht am Netz.

Es ist ein Geschäftsmodell, das weder auf gute Produkte, noch auf Leistung oder wirtschaftliches Geschick setzt. Atomstrom ist keineswegs ein überzeugendes Produkt, das sich ab 2017 am Markt wieder teurer verkaufen ließe. Die AKW-Betreiber wirtschaften auch nicht besonders gut – Eon etwa gibt rund 400 Millionen Euro aus, um den Konzern in zwei Unternehmen aufzuspalten und dafür etliche Abteilungen, vom Einkauf bis zur Buchhaltung, ein zweites Mal aufzubauen. Und es ist auch keineswegs so, dass Atomkraftwerke ihren miserablen Wirkungsgrad von 30 Prozent deutlich hätten steigern können. Nein, wirtschaftlich wird das strahlende Geschäft mit dem riskanten Strom nur dann, wenn der Staat auf die Brennelemente-Steuer verzichtet.

Anders herum bedeutet das: Beschließt der Bundestag, die Steuer über 2016 hinaus weiter zu erheben, werden alle AKW-Betreiber noch mal mit spitzem Bleistift rechnen. Man muss kein Atomkraftgegner sein, um dann zu dem Schluss zu kommen, dass ein Abschalten der AKW unter den gegenwärtigen Bedingungen

ökonomisch sinnvoller sein könnte als die Reaktoren weiter zu betreiben.

Abschalt-Beispiel Grafenrheinfeld

Eon hat das beim AKW Grafenrheinfeld in begrenztem Maß schon vorexerziert. Der Reaktor hätte laut Atomgesetz eigentlich bis Ende 2015 Strom produzieren dürfen. Dafür hätte er aber im Laufe des Jahres neuen Brennstoff benötigt. Wegen der Brennelemente-Steuer lohnte sich das nicht. Eon schaltete den Reaktor deshalb bereits Ende Juni ab.

Großhandelspreise um die 25 Euro pro Megawattstunde, erklärte Teysen neulich den Eon-AktionärInnen, reichten auch für den Betrieb von Atomkraftwerken „dauerhaft nicht aus“. Mehrfach hat er schon in der Vergangenheit betont, dass sich Eon keine Kraftwerke leisten werde, die kein Geld einbringen. In der WAZ versprach er: „Wenn die Wirtschaftlichkeit infrage steht, werden wir handeln.“

RWE-Chef Peter Terium wies erst im März ganz unverblümt auf die wirtschaftliche Abhängigkeit der AKW von einer Steuerbefreiung ihres Brennstoffs hin. Bei den derzeitigen Großhandelspreisen für Strom, sagte er dem Handelsblatt, könne RWE seine Atomkraftwerke zwar noch laufen lassen. „Ein Wechsel der Brennelemente lohnt sich aber nicht.“ Dann ist zumindest derzeit nämlich noch die Brennelemente-Steuer fällig.



01.01.2017

Korkenknallen bei AKW-Betreibern

Ohne Gesetzesänderung müssen AKW-Betreiber ab diesem Tag keine Brennelemente-Steuer mehr zahlen. Atomkraftwerke werden so wieder zu richtigen Goldesel.

500.000 €

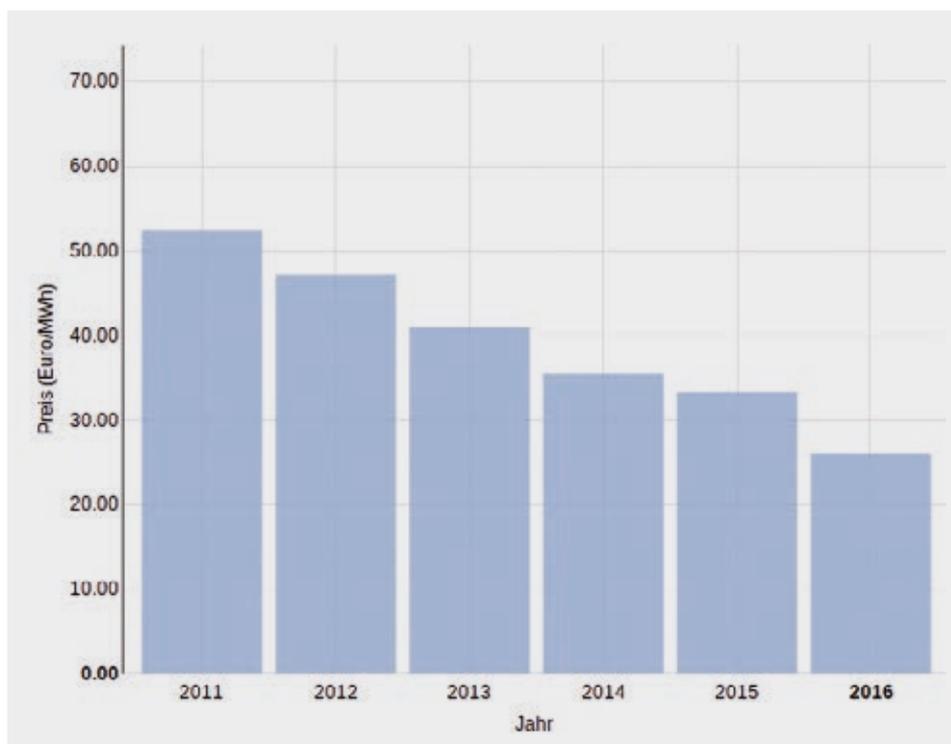
pro Reaktor und Tag

Fällt die Brennelemente-Steuer weg, bringt das jedem AKW eine halbe Million Euro – pro Tag. Die Besteuerung oder Steuerbefreiung für Uran und Plutonium ist bei den derzeitigen Börsenstrompreisen der entscheidende Faktor für die Wirtschaftlichkeit der Reaktoren.

5 Mrd. €

Steuergeschenk für AKW-Betreiber

Bis 2022 würden die AKW-Betreiber insgesamt mehr als fünf Milliarden Euro sparen, wenn die Brennelemente-Steuer Ende des Jahres gestrichen wird. Das entspricht ziemlich genau dem sogenannten „Risikoaufschlag“ von sechs Milliarden Euro, die sie an den Atommüll-Fonds zahlen sollen, damit dieser – beziehungsweise die Allgemeinheit – alle Kostenrisiken beim Atommüll übernimmt. Für die AKW-Betreiber käme das einem Nullsummenspiel gleich, die Allgemeinheit bliebe auf den zu erwartenden Kostensteigerungen beim Atommüll sitzen.



Durchschnittspreise (volumengewichtet) für Strom im Intraday-Handel an der Leipziger Strombörse

Quelle: EPEX / energy-charts.de



Foto: Gabriele Singer

Strom liefert hier schon immer nur die Sonne – das AKW Zwentendorf ging nie in Betrieb

Atom vs. Sonne

Hintergrund | Energiepolitik absurd: Die Steuerbelastung von Atomkraftwerken soll sinken, die von Solaranlagen steigen. Und das wäre nicht die einzige Bevorzugung von Atomstrom gegenüber erneuerbaren Energien

SPD-Chef Gabriel wählt gern plastische Beispiele. „Es kann nicht sein, dass der Bäcker in Deutschland mehr Steuern zahlt als Großkonzerne wie Starbucks und Amazon“, insistiert er Anfang Juli bei der Programmkonferenz seiner Partei in Nürnberg. Und fordert mehr „Steuergerechtigkeit“.

Dazu könnte der Wirtschafts- und Energieminister Gabriel, zugleich Vizekanzler, aktuell selbst einiges beitragen. Er müsste bloß zwei Steueränderungen, die seinen Bereich betreffen, verhindern. Die erste ist die Brennelemente-Steuer für AKW. Die wurde 2011 als „Subventionsabbau“ bei der Atomkraft eingeführt und sollte für „mehr Chancengleichheit“ im Strommarkt sorgen. Bleibt Gabriel aber untätig und beschließt der Bundestag keine Gesetzesnovelle, ist es damit bald vorbei. Dann nämlich fällt auf AKW-Brennelemente ab dem 1. Januar 2017 schlicht gar keine Steuer mehr an. Atomkraftwerke zu betreiben wird so wieder zum lohnenden Geschäft.

500.000 Euro bringt die drohende Steuerbefreiung jedem Reaktor – nicht pro Jahr, sondern pro Tag! Profitieren davon würden genau drei große Konzerne: Eon, RWE und EnBW (sowie die Stadtwerke München und Bielefeld, die jeweils kleinere Anteile an einem Atomkraftwerk halten). Bis 2022 könnten sich die AKW-Betreiber über ein Plus von mehr als fünf

Milliarden Euro auf ihren Konten freuen – ein Dankeschön dafür, dass sie ihre gefährlichen Reaktoren weiter laufen lassen und noch mehr Atommüll produzieren, für dessen Lagerung sie am Ende nicht zahlen ... Soviel zur Steuerbelastung großer Konzerne.

Ökosteuer auf Ökostrom

Für alle BäckerInnen, LandwirtInnen und anderen kleineren und mittleren Unternehmen, die in den vergangenen Jahren ökologisch sinnvoll investiert haben, um die Energiewende voranzubringen und ihre Energiekosten zu drücken, bereitet die Bundesregierung hingegen eine andere Steueränderung vor: Einem Referentenentwurf aus dem Finanzministerium zufolge soll für selbst erzeugten und ohne Netzbelastung direkt verbrauchten Strom aus erneuerbaren Energien künftig Ökosteuer (Stromsteuer) in regulärer Höhe von 2,05 Cent pro Kilowattstunde anfallen.

Die Stromsteuer, eine der 1999 eingeführten Ökosteuern, sollte die Rentenkasse entlasten und die Energiewende beschleunigen. Des letzteren Ziels wegen ist dezentral erzeugter und direkt verbrauchter Ökostrom – für den in der Regel auch keine EEG-Vergütung gezahlt wird – bisher von der Steuer ausgenommen. Einem Rechtsgutachten des Bundesverbands Solarwirtschaft (BSW) zufolge ist eine solche

Steuerbefreiung für Erneuerbaren-Strom auch EU-rechtlich durchaus zulässig. Das Finanzministerium bestreitet dies.

Ausnahmen von Ökosteuer soll es künftig nur noch für kleine Anlagen bis etwa 15 Kilowatt geben. Treffen würde diese Steuerbelastung also in der Regel nicht Privatpersonen, sondern gerade mittelständische Betriebe und LandwirtInnen, die in Anlagen zur Eigenversorgung investiert haben – darunter sicher auch die ein oder andere BäckerIn. Nach Angaben des BSW wären allein mehr als 100.000 Photovoltaik-Anlagen von der Ökosteuerpflicht betroffen, hinzu dürften die meisten Betreiber von Kleinwindanlagen zur Eigenversorgung kommen, oft ebenfalls Landwirte.

AKW von Ökosteuer und EEG-Umlage befreit

Auf Strom, der „zur Stromerzeugung“ eingesetzt wird, soll hingegen auch künftig keine Stromsteuer anfallen. Ebenso ist der Kraftwerkeigenverbrauch von der EEG-Umlage vollständig befreit. Beides begünstigt Atom- und Kohlekraftwerke, die – im Gegensatz zu Ökostrom-Kraftwerken – einen immensen Eigenstrombedarf haben. Vergangenes Jahr etwa verbrauchten allein die (damals noch neun) Atomkraftwerke 5 Milliarden Kilowattstunden Strom für ihre Kühlwasserpumpen und anderen Hilfsanlagen; das entspricht 5,4 Prozent ihrer gesamten Stromproduktion. Bei Stein- und Braunkohlekraftwerken lag der Eigenverbrauchsanteil wegen der stromfressenden Rauchgasreinigung sogar bei um die acht Prozent. Wind- und Solaranlagen hingegen haben nur einen sehr geringen Eigenbedarf von unter einem Prozent.

Die Befreiung des Kraftwerkeigenverbrauchs von der EEG-Umlage führte 2014 zu Mindereinnahmen in Höhe von 2,4 Milliarden Euro pro Jahr. Der allergrößte Anteil davon geht auf das Konto von Atom- und Kohlekraftwerken. Müsst diese für den von ihnen selbst verbrauchten Strom die reguläre EEG-Umlage zahlen, könnte die Umlage für alle um mehr als 0,6 Cent pro Kilowattstunde sinken. Großkonzerne wie Eon, RWE und EnBW, die umweltschädliche Kohle- und Atommeiler betreiben, werden also nicht nur bei der Ökosteuer, sondern auch bei der EEG-Umlage gegenüber dezentralen Ökostromerzeugern massiv bevorzugt. Der Wegfall der Brennelemente-Steuer für AKW würde ihnen einen weiteren Milliardenvorteil verschaffen. BäckerInnen und alle anderen hätten das Nachsehen.

Armin Simon

Strahlen- Schlupfloch stopfen!



Foto: Andreas Conradt / PubliXviewing

Die echte Wolke beim Brennelement-Wechsel kommt aus dem Schornstein – und sie ist radioaktiv

Hintergrund | Mit Einnahmen von einer Milliarde Euro aus der Brennelemente-Steuer rechnet Finanzminister Schäuble für 2016 – eine Luftnummer. Denn die AKW-Betreiber tricken: Neuen Brennstoff wollen sie erst zum Jahreswechsel laden, wenn die Steuer weggefallen ist. Dafür nehmen sie auch eine erhöhte Strahlenbelastung der Bevölkerung in Kauf

Eine Milliarde Euro hat Wolfgang Schäuble eingeplant, keinen Cent davon bisher eingenommen. Die Steuerschätzung des Bundesfinanzministeriums ist, was die Einnahmen aus der Brennelemente-Steuer 2016 angeht, eine reine Luftnummer. Denn die Steuer ist befristet: Ohne Gesetzesänderung durch den Bundestag läuft sie Ende 2016 aus. Darauf spekulieren die AKW-Betreiber – und versuchen, den größten Teil der anstehenden Brennelementwechsel ins nächste Jahr zu verschieben.

Üblicherweise ersetzen die Betreiber bei der Jahresrevision der AKW jeweils ein Viertel der Brennstäbe im Reaktorkern durch frische. Bei einem Druckwasserreaktor sind das 40 bis 50 neue Brennelemente. Dieses Jahr jedoch versuchen die Konzerne, mit einem Sonderprogramm durchs Steuerschlupfloch zu schlüpfen: Sie gruppieren lediglich die vorhandenen Brennelemente um, frische setzen sie nur so viel ein wie unbedingt nötig, um den Rest des Jahres über die Runden zu kommen. Anfang 2017, wenn (so hoffen sie) keine Brennelemente-Steuer mehr anfällt, planen sie dann einen weiteren Stopp zum „Nachtanken“ der Reaktoren.

So hat Eon im AKW Emsland bei der Revision im Mai ganze 16 neue Brennelemente eingesetzt, ebenso im AKW Grohnde, das von April bis Juni stillstand. Im AKW Brokdorf kamen bei der diesjährigen Revision überhaupt keine neuen Brennelemente zum Einsatz, die von Isar-2 steht noch aus.

RWE will in Gundremmingen B und C ebenfalls nur minimal frische Brennelemente einführen und setzt stattdessen alte, bereits benutzte Brennelemente aus dem Lagerbecken erneut in den Reaktorkern ein. Da die Brennelemente-Steuer nur anfällt, wenn ein frisches Brennelement zum ersten Mal in einem AKW zur Kettenreaktion eingesetzt wird, ist das steuerfrei.

Der Blick auf die im Internet veröffentlichten geplanten Kraftwerks-Stillstandszeiten beweist, dass die Betreiber mit diesen Notbehelfen schlicht die Brennelemente-Steuer umgehen wollen. Denn gleich drei von acht Reaktoren sollen über oder direkt nach Sylvester erneut vom Netz gehen, vier weitere bis März folgen – siehe Randspalte. In der Vergangenheit hingegen haben die AKW-Betreiber stets versucht, Stillstände ihrer Reaktoren im Winter zu vermeiden, weil da die Strompreise höher sind ...

Den Fiskus bringt die Steuertrickserei der AKW-Betreiber um viele Hundert Millionen Euro, die im Haushalt fehlen werden, AKW-AnwohnerInnen bekommen eine zusätzliche Strahlenspitze ab. Bundesregierung und Bundestag könnten das Strahlen- und Steuerschlupfloch allerdings ganz einfach stopfen: Indem sie dafür sorgen, dass auch über 2016 hinaus noch Brennelemente-Steuer zu zahlen ist.

Armin Simon

„Tankstopp“ nach Neujahr

Angekündigte außerordentliche Stillstandszeiten der AKW:
Philippsburg-2: 25.12. – 14.01.
Emsland: 01.01. – 07.01.
Gundremmingen-C: 01.01. – 09.01.
Isar-2: 14.01. – bis 28.01.
Brokdorf: 11.02. – 02.03.
Grohnde: 03.03. – 07.04.
Gundremmingen B: (Februar – Ankündigung inzwischen zurückgezogen).

Unnötige Strahlendosis

Die Steuertricks der AKW-Betreiber führen zu einer zusätzlichen und vermeidbaren Strahlenbelastung der Bevölkerung. Denn bei jedem Öffnen des Reaktordeckels steigen die radioaktiven Emissionen kurzzeitig um das Hundertfache an. Diese Emissionsspitzen könnten die erhöhten Krebsraten bei Kindern im Umfeld von AKW erklären. Der Steuerspartrick der Konzerne verstößt somit auch gegen das Minimierungsgebot im Strahlenschutz, denn für die zusätzlichen Emissionen gibt es keinen zwingenden technischen, sondern nur einen finanziellen Grund.

**5 MILLIARDEN
FÜR AKW-BETREIBER?
#NeueGerechtigkeit**

Die SPD muss handeln

Aktion | Die SPD fordert seit Jahren – völlig zu Recht –, die Brennelemente-Steuer zu verlängern. Jetzt muss sie aktiv werden und eine Gesetzesänderung auf den Weg bringen. Hilf mit, sie daran zu erinnern

Um das drohende Milliardengeschenk an die Atomkonzerne zu verhindern, braucht es einen Beschluss des Bundestags, die Brennelemente-Steuer für AKW auch über 2016 hinaus zu erheben. Dafür sind alle Parteien gefordert, insbesondere aber die Regierungsparteien und unter diesen die SPD. Denn die SozialdemokratInnen fordern seit Jahren immer wieder, die Brennelemente-Steuer unbegrenzt zu erheben und zugleich zu erhöhen. Nun ist der Moment, wo die SPD und ihre Abgeordneten dafür auch politisch die Initiative ergreifen müssen.

Bisher jedoch tut sich nichts: Die SPD droht die Steuerbefreiung für AKW-Betreiber schlicht zu verschlafen. Dabei hat sie sich auch ganz aktuell das Thema „Steuergerechtigkeit“ auf die Fahnen geschrieben und klargestellt, dass sie dafür notfalls sogar in Konflikt zu ihren Koalitionspartnerinnen CDU und CSU gehen wird. Wie so oft aber müssen wir AtomkraftgegnerInnen Druck machen, damit sich tatsächlich was bewegt. Hilf mit, die drohende Steuerbefreiung für AKW zum Thema zu machen und fordere auch Du die SPD freundlich, aber bestimmt auf, diese Steuer-Ungerechtigkeit zu verhindern!

Anzeige

DIE Druckerei für Recyclingpapier



www.recyclingflyer.de



Fünf Vorschläge:

1. Postkarten an die SPD

Diesem .ausgestrahlt-Magazin liegen zwei Aktionspostkarten bei, die das SPD-Bekenntnis „#NeueGerechtigkeit“ spitz aufgreifen: eine an SPD-Chef Sigmar Gabriel und den SPD-Parteivorstand, eine an das Wahlkreisbüro der/des örtlichen SPD-Abgeordneten. Die erste Karte ist bereits fertig adressiert, bei der zweiten musst Du den Namen Deiner/Deines örtlichen SPD-Abgeordneten und die Adresse des Wahlkreisbüros noch ergänzen (beides findest Du unter www.spdfraktion.de/abgeordnete/suche). Dann noch unterschreiben, frankieren (45 Cent) und ab geht die Post!

Zum Auslegen und Verteilen oder für Veranstaltungen und Infostände kannst Du kostenlos weitere Aktionspostkarten bestellen.

2. SPD-Abgeordnete besuchen

Deutlich eindrucksvoller als nur eine Postkarte ist für Abgeordnete, wenn BürgerInnen persönlich mit einem Anliegen bei ihnen vorstellig werden. Die meisten Abgeordneten bieten dafür eigene Sprechstunden in ihrem Wahlkreis an. Daneben gibt es bei öffentlichen Terminen oder Sommerfesten viele Gelegenheiten, Abgeordnete persönlich anzusprechen. Ein solcher Besuch kann spontan oder mit Terminabsprache erfolgen, Du kannst alleine hingehen oder mit ein, zwei MitstreiterInnen. .ausgestrahlt hat ein eigens an die SPD gerichtetes Aktionsflugblatt verfasst, das Du bei einer solchen Gelegenheit auch gut als Forderungspapier an den/die Abgeordnete/n übergeben kannst. Hintergrundinfos haben wir als „Fragen und Antworten zur Brennelemente-Steuer“ zusammengestellt.

3. Mahnwache oder Mini-Demo vor dem örtlichen SPD-Büro

Je mehr die drohende Steuerbefreiung für AKW auch öffentlich zum Thema wird, desto eher werden auch die Parteien (zum Beispiel die SPD) aktiv werden. Schon mit einer Handvoll Leute und ohne großen Aufwand kannst Du Deinen Besuch beim SPD-Büro (oder auch bei anderen Parteien) zu einer Mini-Demo machen und die Lokalpresse dazu einladen. Die Chance, dass die Medien diesen Anlass zur Berichterstattung nutzen, ist groß, erst recht in den nachrichtenarmen Sommermonaten. .ausgestrahlt unterstützt Dich bei Bedarf mit Aktionsmaterial wie Plakaten, Transparenten und Fahnen, einer Muster-Presseeinladung und Muster-Presseerklärung sowie Tipps zum Anmelden Deiner Aktion.

4. Protest am Balkongeländer

Das druckfrische, drei Meter breite Protest-Transparent „Keine Steuerbefreiung für AKW“ ist wetterfest und – neben Aktionen vor Parteibüros, siehe oben – auch gut fürs Balkongeländer etc. geeignet. Für Schaufenster, Garagentore und schwarze Bretter gibt es denselben Spruch auch als Plakat.

5. Jede Unterschrift zählt

Fast 55.000 Menschen fordern mit ihrer Unterschrift bereits: „Stoppt das Milliardengeschenk an die Atom-Konzerne“. Im Herbst wollen wir die Unterschriften öffentlichkeitswirksam übergeben. Hilf mit, dass es noch mehr werden: Unterschriftenlisten sowie Klappkarten mit Unterschreib-Möglichkeit zum Verteilen kannst Du kostenlos bestellen.

Alles Informations- und Aktionsmaterial zum Thema Brennelemente-Steuer findest Du unter www.ausgestrahlt.de/brennelementesteuer, das meiste auch auf Seite 20.

Die SPD

und die Brennelemente-Steuer

SPD-Bundesumweltminister Sigmar Gabriel schlägt **2008** unter Verweis auf die immensen Kosten der Atommüll-Lagerung und der Sanierung der Atommüllkippen Asse II und Morsleben eine Brennelemente-Steuer vor.

Der Vorschlag findet Eingang ins **SPD-Wahlprogramm 2009**.

Die **SPD-Bundestagsfraktion** beantragt **2010** eine unbefristete Brennelemente-Steuer von 340 Euro pro Gramm Uran und Plutonium – der von Schwarz-Gelb beschlossene Steuersatz liegt bei nur 145 Euro pro Gramm.

In ihrem „**Regierungsprogramm 2013–2017**“ verspricht die **SPD**: „Die Sanierung von untauglichen Atom-Endlagern wie Asse II soll durch eine höhere Kernbrennstoffsteuer mitfinanziert werden.“ Dies ist eine der wenigen Forderungen aus den **SPD-Bürgerkonventen**, die es ins Wahlprogramm geschafft haben.

In den **Koalitionsverhandlungen** mit der Union **2013** fordert die SPD, die Brennelemente-Steuer zu erhöhen und zu entfristen. Der Koalitionsvertrag enthält keine Festlegung zu dem Thema.

Das positive Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur Brennelemente-Steuer **2015** wertet **SPD-Bundesumweltministerin Barbara Hendricks** als „gutes Argument für eine mögliche Verlängerung der Atomsteuer bis zum Betriebsende des letzten deutschen Atomkraftwerks“.

Im Mai **2016** kündigt die **SPD** an, für mehr „Steuergerechtigkeit“ zu kämpfen und dafür notfalls auch in Konflikt mit den Koalitionspartnern CDU und CSU zu gehen.



Foto: Volker Möll / PubliXviewing

Atommüllkippe Morsleben – einsturzgefährdet und undicht

Keinen Schritt weiter

Analyse | Wer über eine Million Jahre Sicherheit beim Umgang mit Atommüll reden will, muss zunächst seriös mit den Atommüll-Problemen im Hier und Jetzt umgehen. In der Politik ist das bisher nicht der Fall



Foto: PubliXviewing

Ursula Schönberger

ist Autorin von „Atommüll – Eine Bestandsaufnahme für die Bundesrepublik Deutschland“ (Sorgenbericht der Atommüllkonferenz, Bestellung auf Seite 20), Projektleiterin „Atommüll-report“ (www.atommuellreport.de) und aktiv in der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V. Ihr Artikel ist ein gekürzter und überarbeiteter Beitrag aus: Tresantis (Hg): Die Anti-Atom-Bewegung – Geschichte und Perspektiven, Berlin/Hamburg 2015.

Eine der umstrittensten Fragen in unserem Land ist in einem großen politischen Konsens gelöst worden“, erklärte Bundesumweltminister Peter Altmaier zum Inkrafttreten des Standortauswahlgesetzes am 26. Juli 2013. Tatsächlich sind wir von einer Lösung des Atommüll-Konfliktes und erst recht von der Bewältigung der Aufgabe, Atommüll über 1 Million Jahre sicher aufzubewahren, ähnlich weit entfernt wie beim Einstieg in die Atomenergienutzung vor 60 Jahren.

Altmaiers Äußerungen waren Anlass für die Initiativen an den Orten, an denen Atommüll produziert oder gelagert wird, eine standortbezogene Bestandsaufnahme des Atommülls zu erstellen (Bestellung auf Seite 20). Die erschreckende Bilanz: Es gibt nicht *ein* Atommüll-Problem, das sich in ferner Zukunft an einen einzelnen Standort delegieren lässt, sondern es gibt Tausende von Atommüllproblemen im ganzen Land. Und unmittelbaren Handlungsbedarf: In Brunsbüttel, Karlsruhe und anderen Zwischenlagern rosten die Fässer. In Jülich steht ein Reaktordruckbehälter, der so stark strahlt, dass er nicht abgerissen werden kann.

In Braunschweig, Duisburg und Krefeld wird Atommüll in Wohngebieten verarbeitet und gelagert. An den AKW-Standorten entstehen zahlreiche neue Zwischenlager, deren Betriebszeit ebenso ungewiss ist wie die der Castor-Lager. Von den 1.900 Altstandorten der Wismut in Thüringen und Sachsen wird nur ein Bruchteil saniert. Auf Hausmülldeponien, im Straßenbau und in der Schrottschmelze landet „freigemessener“ Atommüll.

Das Nationale Entsorgungsprogramm – sorglos in die Zukunft?

Eine der ersten Bestellungen zur „Bestandsaufnahme Atommüll“ kam aus dem Bundesumweltministerium (BMUB). Geholfen hat es wenig. Zwar verpflichtet eine EU-Richtlinie die Mitgliedstaaten, eine Bestandsaufnahme ihrer radioaktiven Abfälle sowie ein nationales Entsorgungsprogramm (NaPro) zu erstellen. Das NaPro der Bundesregierung jedoch klammert jegliche Probleme schlicht aus. Rostige Fässer kommen ebenso wenig vor wie Zwischenlager ohne Genehmigung oder Konzerne, die für ihren Müll nicht zahlen wollen. Stattdessen nennt es

Wege und Ziele, die zu erreichen bereits heute ausgewiesen unrealistisch ist. Teilschritte oder Hürden, die überwunden werden müssten, tauchen nicht auf. Bestehende Rechtsgrundlagen werden einfach ignoriert.

Zugleich ist das NaPro aber „künftig bei allen Entsorgungsplanungen und Verwaltungsvorfahren von den Akteuren im Bereich der Entsorgung zu berücksichtigen“. Da ist es dann schon von Bedeutung, dass es den Export hochradioaktiver Brennelemente aus dem AVR Jülich und dem THTR Hamm-Uentrop zur Wiederaufarbeitung und zum dauerhaften Verbleib im Ausland vorsieht – obwohl ein solcher Export illegal ist.

Auch an anderen Stellen sollen Tricksereien über Probleme hinwegtäuschen. Die Genehmigung für das Zwischenlager Gorleben endet 2034, für das Zwischenlager Ahaus 2036, für das Zwischenlager Lubmin 2039 und für die Standortzwischenlager zwischen 2042 und 2047. Ein „Endlager“ für hochradioaktive Abfälle soll, so das BMUB, 2050 bereit stehen. Übergangsweise helfen soll ein „Eingangslager“ an dem zu findenden Standort. Dabei wird der Eindruck erweckt, es würde sich nur um wenige Überbrückungsjahre handeln; ein belastbarer Zeitplan fehlt. Doch ob und wann ein tiefengeologisches Lager seinen Betrieb aufnehmen wird, ist ebenso ungewiss wie die Dauer der Einlagerung. In der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe war von einem Zeitraum bis 2170 die Rede. Und wenn alle Castoren in das geplante „Eingangslager“ verlegt werden sollten, müsste es dreimal so groß sein wie derzeit konzipiert. Da ist es eine einfache Rechnung, dass viele Behälter noch Jahre über das derzeitige Genehmigungsende hinaus in den jetzigen Zwischenlagern verbleiben werden. Was zu wachsenden Problemen mit der Dichtheit der Castoren führen wird.

Durch die Bestandsaufnahme der Atommüllkonferenz unter Zugzwang gesetzt, räumt auch die Regierung inzwischen ein, dass es erheblich mehr schwach- und mittelradioaktiven Müll gibt als bisher offiziell berücksichtigt. Unterbringen wollte sie diesen – so stand es, völlig unbeeindruckt von allen Sicherheitsbedenken und Genehmigungslagen, im ersten Entwurf des NaPro – entweder in Schacht KONRAD oder gemeinsam mit dem hochradioaktiven Müll. Doch will man das Inventar für Schacht KONRAD erweitern, müsste ein neues Planfeststellungsverfahren nach aktuellem Stand von Wissenschaft und Technik eingeleitet werden. Dies würde das völlig veraltete Projekt insgesamt gefährden, weswegen die Regierung davon erst

mal Abstand genommen hat. Auch die gemeinsame Lagerung aller Arten radioaktiver Abfälle an einem Standort wirft Probleme auf. Die Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe jedenfalls lässt dazu in ihrem Abschlussbericht alle Fragen offen. Während die Regierung also Probleme und Fehler beim Atommüll beharrlich verdrängt, stellt sie gleichzeitig Weichen – etwa



Geplantes Atommülllager Schacht KONRAD: fachliche Bedenken wurden übergangen, auch hier dringt Wasser ein

bei der Frage der Finanzierung –, die später kaum mehr zu revidieren sind. Ein „Neuanfang in der Atommülldebatte“, wie er noch vor drei Jahren propagiert wurde, sieht anders aus.

Vom Kopf auf die Füße stellen

Wer über eine Million Jahre Sicherheit beim Umgang mit dem Atommüll reden will, der muss zunächst nachweisen, dass er die Probleme im Hier und Jetzt ernst nimmt, damit seriös umgehen kann und dies auch tut. Anstatt ein nationales Entsorgungsprogramm aufzustellen, das gar keine Probleme kennt, anstatt ein Standortauswahlgesetz hinter verschlossenen Türen auszuhandeln und im Nachgang eine Kommission mit fragwürdigen Kompetenzen und fragwürdiger Zusammensetzung einzurichten, braucht es einen Prozess, der die Erfahrungen mit den gescheiterten Projekten und Altlasten zu einem wesentlichen Bezugspunkt der Diskussion macht. Dazu gehören methodische, fachliche, aber auch gesellschaftliche Fragen. Wie kann es sein, dass Atommüll in die ASSE II eingelagert wurde, obwohl Bergleute, Wissenschaftler und Behörden bereits in den 1960er-Jahren vor Wassereintrüben gewarnt hatten? Wie kann es sein, dass die Verantwortlichen noch Jahrzehnte später einen guten Namen in der Wis-

senschaftsgemeinde haben und ihre damaligen Eignungsaussagen für Gorleben und Schacht KONRAD nicht angezweifelt werden? Wie kann es sein, dass gerade die großen staatlichen Forschungszentren völlig sorglos mit den Gefahren der radioaktiven Stoffe umgegangen sind und die Probleme in ihren Anlagen heute immer noch herunterspielen?

Es braucht einen Prozess, der von den realen und akuten Gefahren des Atommülls ausgeht, statt sie zu leugnen, und dem das Eingeständnis von Politik und Wirtschaft vorausgeht, dass es keine Lösung für die sichere Lagerung von Atommüll über 1 Million Jahre geben kann. Daraus ergibt sich einerseits die Notwendigkeit zur Beendigung der Atommüllproduktion. Andererseits erfordert diese Erkenntnis, erst einmal Methoden für einen möglichst sicheren Umgang mit dem Atommüll zu entwickeln, statt kurzgeschlossen nach einem Standort zu suchen.

Und es braucht einen Prozess, der den Betroffenen entscheidungsrelevante Rechte einräumt und der in seinem Ausgang tatsächlich offen ist. Die Politik verspricht, sich jetzt auf die Suche nach einem Standort für ein Lager zu machen, das alle Probleme löst. Doch die Akteure geben unumwunden zu, dass sie nicht daran glauben, dass es je einen Standort geben wird, der bereit sein wird, eine solche Anlage aufzunehmen. Mithin geht es nicht um ein konsensuales Vorgehen mit den Betroffenen, sondern um den Versuch, ein möglichst breites gesellschaftliches Bündnis gegen einen Standort zu begründen, an dem dann notfalls mit aller Gewalt Atommüll dauerhaft gelagert werden soll.

Außer Spesen nichts gewesen

Dokumentation | „Keinen Schritt weiter“ – Stellungnahme von mehr als 50 Anti-Atom-Initiativen und -Organisationen* zur Arbeit und zum Ergebnis der „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“

Über zwei Jahre hat die Atomüll-Kommission mit hohem personellem und zeitlichem Aufwand an der Erstellung ihres Berichtes gearbeitet. Am Ende ist sie über die Ergebnisse des AKEnd aus dem Jahr 2002 kaum hinaus gekommen. Politik und Kommission haben sich den Forderungen aus der Anti-AKW- Bewegung nach

- Beendigung des Projektes Gorleben,
- Einbeziehung aller Arten radioaktiver Abfälle,
- offene und gründliche Untersuchung alternativer Lagermethoden,
- Aufarbeitung der Fehler der Vergangenheit und
- echte Öffentlichkeitsbeteiligung, die über den puren Gestus hinausgeht, verweigert. Damit wurde (...) die Chance nach einer neuen gesellschaftlichen Vertrauensbasis in die künftige Atomüllpolitik fahrlässig vergeben. (...)

1. Keine Beendigung des Projektes Gorleben

(...) Bei der Erstellung der angeblich wissenschaftlich-objektiven Kriterien wurde die Hürde aufgestellt, dass keines (...) zu einem automatischen Ausschluss des Salzstockes Gorleben führen dürfe. Damit wird jedoch die Monstranz der Ergebnisoffenheit, die die Kommission vor sich herträgt, genau in ihr Gegenteil verkehrt. Wenn kein Kriterium Gorleben ausschließen darf, so begünstigen die Kriterien eine letztendliche Standortentscheidung für Gorleben. Die unterlassene Aufarbeitung der Fehler und Einflussnahmen auf dem Irrweg Gorleben macht eine unvoreingenommene ausschließlich sicherheitsgerichtete Bewertung auch anderer möglicher Standorte unmöglich und schlägt sich in der kritiklosen Übernahme der Vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben (VSG) nieder. Auf den Erkundungsvorsprung am Salzstock Gorleben bleibt die Kommission eine Antwort schuldig und nennt noch nicht einmal eine Mindestanzahl untertägig zu untersuchender und zu vergleichender Standorte pro Wirtsgestein. Eine seriöse

Abwägungsentscheidung auf der Grundlage eines validen wissenschaftlichen Auswahlprozesses kann auf diese Weise nicht getroffen werden.

2. Keine Einbeziehung aller Arten radioaktiver Abfälle

Mit dem Hinweis auf das planfestgestellte Atomülllager Schacht KONRAD entzogen sich Politik und Kommission der Forderung nach einem echten Neuanfang in der Atomüll-Debatte, der alle Arten radioaktiver Abfälle umfassen muss. Bundesregierung und Kommission wurden schneller von der Realität eingeholt, als ihnen lieb war. Nachdem die Regierung (...) endlich eine Bestandsaufnahme der radioaktiven Abfälle machen musste, wurde auch ihr klar, dass weitaus mehr und ganz anderer schwach- und mittelradioaktiver Abfall anfällt, als in Schacht KONRAD laut Genehmigung eingelagert werden dürfte. Selbst wenn in der Bestandsaufnahme (...) noch wichtige Abfallströme fehlen, ist offensichtlich, dass das Zwei-Endlager-Konzept (Schacht KONRAD plus einen Standort für insbesondere hoch radioaktive Abfälle) nicht länger aufrecht zu erhalten ist. Die Kommission war weder willens noch zeitlich in der Lage, sich im letzten halben Jahr mit diesem grundsätzlichen Problem zu beschäftigen. Solange es aber keine Entscheidung über das Konzept für die Lagerung aller Arten radioaktiver Abfälle gibt, macht eine Standortsuche für einen Teil der Abfälle keinen Sinn.

3. Keine Prüfung anderer Lagermöglichkeiten

Die Kommission hat nicht einmal ernsthaft versucht, alternative Lageroptionen zu prüfen. Sie hat stattdessen nahtlos den (...) Weg fortgesetzt, der in der Vergangenheit zu den Havarien in der Asse und Morsleben führte. Ähnlich droht es im weiteren Verfahren den alternativen Gesteinsformationen Ton und Kristallin zu ergehen. Wenn keine Gleichwertigkeit in der Untersuchungstiefe zu Salz hergestellt wird, werden die Ergebnisse (...) zu

einer Beibehaltung des (...) eingeschlagenen Weges führen: tiefegeologische Lagerung in Salz und in Verbindung mit Punkt 1 am Standort Gorleben.

4. Keine Aufarbeitung der Fehler in Vergangenheit und Gegenwart

Anstatt die Geschichte des Einstieges in die Atomenergienutzung zu erzählen, (...) hätte sich die Kommission besser den Fragen gewidmet, wie es zu den eklatanten Fehlentscheidungen in der Vergangenheit kommen konnte, wieso dafür verantwortliche Personen bis heute an wichtigen Entscheidungen beteiligt sind und warum die gleichen Fehler in der Gegenwart wiederholt werden. So findet sich in der langen Erzählung

- kein Wort dazu, dass das Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld 1965 vor einer Einlagerung von Atomüll in der ASSE II gewarnt hatte und die Deutsche Atomkommission ein eigenes, neues Endlagerbergwerk präferiert hatte,
- kein Wort dazu, dass es dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) seit Jahren nicht gelingt, einen Langzeitsicherheitsnachweis für das marode Atomülllager Morsleben zu führen, und dass es die illegal zwischengelagerten Strahlenquellen (...) trotzdem einfach in dem Bergwerk belassen will,
- kein Wort dazu, dass die Genehmigung von Schacht KONRAD in dem Energiekonsens zwischen SPD/Grüne und Energiewirtschaft trotz fachlicher Bedenken von Landes- und Bundesumweltminister politisch vereinbart wurde und das Konzept und die grundlegenden Sicherheitsberechnungen aus den 1980er Jahren in keiner Weise mehr dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen,
- und kein Wort dazu, dass die zeitgemäße Beteiligung der Öffentlichkeit „von Beginn an“ in Gorleben 40 Jahre nach der Standortbenennung nicht mehr möglich und dieses Defizit nach Jahrzehnten der „Verpolizeilichung“ des Konfliktes auch nicht mehr heilbar ist.



Protest zur Übergabe des Abschlussberichts der Atomüll-Kommission am 5. Juli in Berlin

Wer Fehlentscheidungen und Fehlhandlungen unter den Teppich kehrt statt schonungslos ans Tageslicht zu bringen, ruft weiteres Misstrauen hervor und verhindert dringend notwendige Erkenntnisfortschritte.

5. Schwerwiegende Fehler des Standortauswahlgesetzes werden durch die Kommission nicht korrigiert

(...) Zentrale Kritikpunkte an dem Gesetz waren unter anderem die Errichtung einer mächtigen „Superbehörde“, das Bundesamt für Kerntechnische Entsorgung (BfE) und die Einschränkung der Klagerechte der Bevölkerung durch die im Gesetz vorgesehene Legalplanung. (...) Das BfE bleibt in seinen Kompetenzen völlig unangestastet. Gleiches gilt für die Legalplanung. Sie dient der Beschleunigung des Verfahrens durch Vermeiden lästiger Gerichtsverfahren. Dadurch, dass der Bundestag künftig alle wesentlichen Entscheidungen im Rahmen der Standortauswahl trifft, werden die bisherigen Rechtswege für die Bevölkerung völlig ausgehebelt. Bisher können sie gegen Verwaltungsentscheidungen einen mehrinstanzlichen Rechtsweg einschlagen. Künftig können sie lediglich vor das Bundesverfassungsgericht ziehen, das jedoch keine Verwaltungsentscheidungen, sondern Grundrechtsverletzungen prüft. Umweltverbänden

ist auch dieser Weg verwehrt, sie sind nicht „grundrechtsfähig“. Eine solche Einschränkung der Klagerechte widerspricht dem Europarecht (Aarhus-Konvention). (...)

6. Das vielbeschworene Verursacherprinzip wird ignoriert

(...) Die Atomfinanzkommission (KFK) (...) schlägt in ihrem Abschlussbericht eine Entlastung der Energiekonzerne für die Kosten der Lagerung radioaktiver Abfälle vor. (...) Anstatt dass die Kommission protestiert und einfordert, dass die Abfallverursacher auch die Verantwortung für ihren Müll bis zum bitteren Ende tragen müssen, beugt sie sich den Empfehlungen der KFK.

7. Der Beschluss zum Exportverbot für hoch radioaktive Abfälle ist zahnlos

(...) Dieser Beschluss wurde vor dem Hintergrund gefasst, dass die Bundesregierung plant, die abgebrannten Brennelemente aus den beiden Hochtemperaturreaktoren AVR Jülich und dem THTR Hamm-Uentrop zum dauerhaften Verbleib in die USA zu exportieren. Doch erstens impliziert die Forderung nach einem „generellen“ Exportverbot juristisch die Möglichkeit für Ausnahmen. Zweitens läuft das Genehmigungsverfahren in den USA für

den Import ungebremst weiter. Und drittens hält das Bundesumweltministerium im Nationalen Entsorgungsprogramm an einem Export fest und erklärte im Januar 2016, dass es sich schließlich nur um eine Empfehlung der Kommission handeln würde.

8. Die Öffentlichkeitsbeteiligung geriet zur Farce

(...) Die „Beteiligung“ reduzierte sich auf informatorische Anhörungen ohne jede Ergebniswirksamkeit. (...) Man wollte eben den Bericht nicht mit der Öffentlichkeit entwickeln, sondern höchstens die Ergebnisse von ihr diskutieren lassen.

9. Ausblick

(...) Wir können (...) nur vor dem Irrglauben warnen, es gehe jetzt nur um die kritische Begleitung eines festgelegten und lediglich technokratisch zu gestaltenden Weges. Je weniger die Ursachen der Kritik an der Atomenergie zur Grundlage gemacht werden, umso heftiger werden die Auseinandersetzungen spätestens dann aufbrechen, wenn neue Standorte ins Spiel kommen, deren Situation dann um nichts anders ist als in den Jahrzehnten zuvor. Ein lediglich behaupteter Neuanfang wird scheitern, weil er zu offensichtlich nichts an den materiellen Grundlagen ändert. Im Kern kann es jetzt nicht um die Auswahl eines oder mehrerer neuer Standorte gehen, sondern um den Beginn einer offenen gesellschaftlichen Auseinandersetzung um den Umgang mit Atomüll und dessen einstweilig letzten Verbleib. Dies geht nicht ohne entscheidungsrelevante Rechte der Bevölkerung. Dazu war die Kommission nicht bereit und Bundestag und Bundesregierung sind es auch nicht. Niemand kann garantieren, dass ein solcher Prozess letztendlich zu einer akzeptierten Lösung führen würde, aber es wäre die einzige Chance dafür.

verfasst im Auftrag der Atomüllkonferenz

*Ungekürzte Version und alle UnterzeichnerInnen unter www.ausgestrahlt.de



Foto: privat

„Ich hab erzählt, was ich schlimm finde“

Porträt | Sarah Esser, 15, ist durch das Pannen-AKW gleich hinter der Grenze zur Atomkraftgegnerin geworden. Mit den Aachener „Schülern gegen Tihange“ streitet sie für ein Abschalten der Reaktoren – in Belgien wie in Deutschland

Im Moment vor der Rede war ich ziemlich nervös. Maastricht, 1.000 Leute: Deutsche, Belgier, Niederländer! Aber als ich oben stand auf der Bühne, war das wie weggefliegen. Ich habe gemerkt, wie die Menschen ruhig wurden, und als ich fertig war, haben sie geklatscht und gejubelt. Viele sind danach auf mich zuge-

kommen und haben mir gesagt, wie gut sie es fanden.

Die Pannenmeiler in Tihange und Doel – mich interessiert das Thema. Man hört es ja auch immer wieder im Radio und so. Anfangs habe ich mich dann einfach mal an den Laptop gesetzt und ein bisschen rumgeguckt. Ich bin erst 15 – und wütend und enttäuscht, dass die Re-

gierung da nichts machen will oder kann. Ich bin aufgebracht, weil das echt nicht so gehen kann!

Wilhelm, ein Bekannter von mir, hatte mit Hilfe von Lehrerinnen und Lehrern das SchülerInnenbündnis „Schüler gegen Tihange“ gegründet. Das Aachener Aktionsbündnis gegen Atomenergie hatte mitbekommen, dass die 2015 zur Demo in Aachen aufgerufen hatten

und auch viele gekommen waren. Also haben sie ihn eingeladen zu einem ihrer Treffen. Er wollte nicht alleine hin und bat mich mitzukommen. Seitdem bin ich dabei und für die SchülerInnen- und LehrerInnenschaft in meiner Schule jetzt quasi die Ansprechpartnerin in diesem Bündnis.

Im Mai war dann die große Demo in Maastricht. Wir hatten im Aktionsbündnis besprochen, wer dort gerne reden würde. Ich war da noch ein bisschen scheu, weil ich erst so kurz dabei war. Aber dann fragte jemand: „Hättest du nicht Lust, da was zu machen? Es wäre schön, wenn da auch eine Schülerin redet.“ Das hat mich erstmal so richtig gefreut. Allerdings hatte ich dann auch ein bisschen Bammel. Worüber ich reden wollte, konnte ich mir ganz allein überlegen. Gleich am selben Tag noch habe ich mich hingesezt und schon die ganze Rede geschrieben. Meine Vertrauenslehrerin hat drüber geschaut; zwei, drei Passagen waren ein bisschen unglücklich ausgedrückt, das haben wir noch korrigiert. Aber im Großen und Ganzen habe ich sie selber geschrieben.

Ich habe einfach erzählt, was ich so schlimm finde: Dass trotz der großen Gefahr immer noch nichts getan wird. Mir war wichtig – da waren ja auch Jugendliche – dass auch sie erfahren,

„Selbst wenn die Reaktoren in Tihange und Doel auf einmal und für immer abgeschaltet würden, würde ich noch dran bleiben: Auch in Deutschland sind noch AKW am Netz.“

was los ist und es ebenfalls weiter verbreiten. Außerdem denke ich, dass den Regierenden ein Denkzettel verpasst werden muss. Weil, wie schlimm muss es sein, wenn sich ein so junges Mädchen wie ich schon solche Sorgen macht? Ich wollte klar machen: Das geht so nicht weiter!

Eine Bekannte von mir war auch dabei auf der Demo. Sie war noch ganz neu im Aktionsbündnis und kommt nicht aus Deutschland. Am Anfang war sie ein bisschen stiller, aber nach der Demo ging sie voll ab. Das war toll. Überhaupt, das Aktionsbündnis: Manche dort sind ja auch älter als ich, zu denen hätte ich sonst nicht ganz so den Kontakt. Aber im Aktionsbündnis unterhält man sich auch mal drei, vier Stunden und findet einfach kein Ende, das ist ziemlich schön.

Seitdem ich in diesem Bündnis bin, werde ich ständig angesprochen: „Kannst du nicht das und das machen? Kannst du nicht darüber ‘nen Vortrag halten?“ Ich habe Unterschriften von Schülerinnen und Schülern gesammelt, ich werde auch noch Infostände machen an meiner Schule und so weiter. Ich freue mich immer, wenn ich von jüngeren Schülerinnen und Schülern angesprochen werde. Und auch wenn Ältere mich ansprechen, ist das toll. Ich finde es gut, wenn alle sich dafür interessieren, was in ihrer Umgebung passiert, und nicht blauäugig durchs Leben laufen.

Wenn jetzt das Thema Atomkraft kommt, wenn neue Lehrer reinkommen und fragen: „Was wisst ihr denn über Atomenergie?“, dann schreien viele: „Sarah!“ Das ist witzig. Ich krieg auch Fragen wie: „Hey, weißt du noch das und das? Was ist denn da passiert? Das habe ich da im Radio gehört, wie war das noch mal?“ Und ich würde sagen, ich habe das „meinen“ Schülern schon ein Stück weit näher gebracht. Es freut mich immer zu sehen, wie viele Leute ich mit meinem Engagement erreichen kann.

Vor Kurzem hatten wir auch ein Projekt an unserer Schule über unseren Schulbunker. Im Zweiten Weltkrieg war dort eine Art Krankenstation eingerichtet. Unsere Schuldirektorin sprach mich an, ob ich nicht ein Plakat oder einen Infostand darüber machen möchte, ob der Bunker einem Unfall im AKW Tihange standhalten würde. Ob er uns Schutz bieten würde. Um noch mal zu zeigen, dass wir nicht so weit weg sind und was die Gefahr bedeutet.

„Wenn neue Lehrer reinkommen und fragen: ‚Was wisst ihr denn über Atomenergie?‘, dann schreien viele: ‚Sarah!‘“

Ich werde auf jeden Fall beim Aktionsbündnis dabei bleiben, soweit die Schule das zulässt, aber ich glaube, das schaffe ich. Wir wollen noch mal mit der belgischen Regierung sprechen, wir wollen die Klage der Städtereion, die Herr Etschenberg, der Städtereionsrat, initiiert hat, weiterverfolgen. Wir wollen noch mal genauer auf die Menschen zugehen. Wir haben jetzt die 300.000 Unterschriften erreicht – und wir werden weiter sammeln. Auch wenn die Reaktoren in Tihange und Doel tatsächlich

abgeschaltet würden auf einmal und für immer – ich würde trotzdem noch dran bleiben am Thema. Denn auch in Deutschland gibt es ja noch immer Atomkraftwerke am Netz und auch weltweit gibt es noch einige. Da darf man nicht still sitzen bleiben, nur weil es bei uns in der Nähe im Moment kein AKW mehr gäbe. Das geht nicht!

Protokoll: Julia Schumacher

www.facebook.com/schuelergegentihange

Das AKW

In den 41, 33 und 31 Jahre alten Reaktoren des belgischen AKW Tihange kam es mehrfach zu Störfällen. Die Stilllegung von Tihange-1 verhinderte eine Laufzeitverlängerung. Im Reaktor-druckbehälter von Tihange-2 sind 3.150 zum Teil wachsende Risse von bis zu 18 Zentimetern Tiefe nachgewiesen. Um einen Temperaturschock zu vermeiden, muss das Notkühlwasser auf 40 Grad vorgeheizt werden. Die Städtereion Aachen reichte Anfang März mit zehn Kommunen eine Klage gegen das Wiederanfahren von Tihange-2 ein, Nordrhein-Westfalen schloss sich dieser an und kündigte parallel eine Beschwerde bei der EU-Kommission wegen der Laufzeitverlängerung für Tihange-1 an.

Anzeige

Anti-Atomstrom

Nach Tschernobyl haben Schönauer Bürger ihr Stromnetz freigekauft und einen bundesweiten Ökostromversorger in Bürgerhand aufgebaut. Die EWS fördern Ökokraftwerke und unterstützen genossenschaftliche Energieprojekte.



Deutscher Umweltpreis 2013

Auf nach Schönau!

Wechseln Sie zum 5-Sterne-Ökostrom

Die Erzeuger unseres 100 % regenerativen Stroms haben keine Kapitalbeteiligungen von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern oder deren Tochterunternehmen.



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH . Fon: 07673/88850 . www.ews-schoenau.de



Foto: Benjamin Fischer

Licht ins Dunkel des AKW Philippsburg bringt EnBW nur nachts

Not-Aus beim Notstromtest

Hintergrund | Kontrollen wurden vorgetäuscht, frisch generalüberholte Aggregate versagten, die Ursachen sind bis heute ungeklärt, EnBW verschleiert. Trotzdem durfte das AKW Philippsburg-2 wieder ans Netz

Notstromdieselaggregate müssen die Kernschmelze verhindern, wenn es zum Stromausfall in einem Reaktor kommt. Für einen solchen „station blackout“ reicht bisweilen schon ein simples Unwetter aus – etwa 2004 im AKW Biblis: Sturm, Kurzschluss in der Hochspannungsleitung, Notstromfall im AKW. Hoffentlich springen dann die Notstromdiesel an.

Wichtige Bauteile in Atomkraftwerken müssen regelmäßig überprüft werden. „Wiederkehrende Prüfung“ heißt das. Im AKW Philippsburg-2 aber, das wird im April während der Revision öffentlich, wurden diese Prüfungen teilweise nur vorgetäuscht. Der baden-württembergische Umweltminister Untersteller (Grüne) verlangt daraufhin „Vorkehrungen, um solche Täuschungen künftig auszuschließen“ und verkündet: „Bevor die EnBW nicht nachgewiesen hat, dass die Anlage vorschriftsmäßig und sicher betrieben wird, darf sie nicht mehr angefahren werden.“

Kühlwasserleck am Generator

Ende April veröffentlicht das Umweltministerium Baden-Württemberg eine Notiz vom 22. April, wonach im AKW Philippsburg-2 während einer (echten) wiederkehrenden Prüfung eines Notstromdiesels eine Schraube gebrochen sei, die zur Befestigung eines Flanschs der Kühlwasserleitung am Zylinderkopf diene. Dadurch sei Kühlflüssigkeit ausgetreten und das Dieselaggregat habe abgeschaltet werden müssen. Aufgrund der starken Dampfentwicklung habe die Brandmeldeanlage angesprochen.

Hätte es sich nicht um einen Testlauf, sondern um einen echten Notstromfall gehandelt, so wäre das Dieselaggregat also ausgefallen. .ausgestrahlt hakt nach – und stellt fest: Der betroffene Generator (Baujahr 1982) ist inklusive der Kühlflansche ein halbes Jahr zuvor beim Hersteller generalüberholt und seitdem mehrfach geprüft worden. Neben der gebrochenen Schraube waren weitere 50 nicht mit dem erforderlichen Drehmoment angezogen, davon 17 an einem zweiten Notstromdiesel. Warum bei den vergangenen Wartungen nichts davon aufgefallen war, bleibt ungeklärt.

Am 25. Mai fragt .ausgestrahlt beim Ministerium nach, ob nicht ausreichend befestigte Schrauben an mehreren Notstromdieselaggregaten nicht ein meldepflichtiges Ereignis darstellten, und macht die Vorfälle vier Tage später öffentlich: Weder EnBW als AKW-Betreiber noch das Umweltministerium hatte die Öffentlichkeit bis dato über die lockeren Schrauben und das Ausmaß der Mängel informiert. Nun sieht sich auch das Umweltministerium zum Handeln gezwungen und veröffentlicht „Ergänzende Informationen zum meldepflichtigen Ereignis Kühlwasserleckage an einem Notstromdieselmotor“ – die bereits seit 19. Mai vorlagen.

EnBW verschleiert – Ministerium genehmigt Wiederanfahren

Obwohl die Ursache für das Versagen der Schraube weiter unklar ist (was sich bis Redaktionsschluss dieses Magazins Anfang Juli nicht ändert), genehmigt das Ministerium am 27. Mai das Wiederanfahren des Reaktors, der

nach weiteren Verzögerungen am 1. Juni wieder ans Netz geht. Bis Redaktionsschluss dieses Magazins veröffentlicht EnBW keinen Hinweis darauf, dass mehrere Notstromaggregate in nicht ordnungsgemäßem Zustand waren. Das Umweltministerium bestätigt am 23. Juni jedoch, dass der Konzern einen „Hinweis auf einen systematischen Fehler an einer sicherheitstechnisch wichtigen Einrichtung“ gemeldet habe. EnBW verstößt damit weiterhin gegen den „Betreiberkodex zur Information der Öffentlichkeit“, in welchem sich die AKW-Betreiber verpflichtet haben, die Öffentlichkeit offen, transparent und aktuell zu informieren.

.ausgestrahlt findet: Ein Atomkraftwerk, in dem vorgeschriebene Wartungen und wiederkehrende Prüfungen nicht mit der gebotenen Sorgfalt ausgeführt werden, in dem sicherheitstechnisch relevante Notstromdieselgeneratoren bei Testläufen ausfallen, und bei dem bis heute unklar ist, wie es zum Bruch der Schraube kommen konnte, darf nicht wieder ans Netz gehen.

Wegen der vorgetäuschten Sicherheitskontrollen ermittelt inzwischen die Staatsanwaltschaft gegen zwei einst im AKW beschäftigte Mitarbeiter einer Fremdfirma. Und EnBW muss weitere Probleme bei der Notstromversorgung einräumen. So stellt der Konzern am 2. Juni bei einem weiteren Notstromaggregat, dieses Mal im AKW Neckarwestheim, Ölverlust, ungewöhnliche Geräusche und Schleifspuren an einem Zylinder fest. Auch hierzu hat .ausgestrahlt der Atomaufsicht Fragen gestellt; eine Antwort steht noch aus.

Matthias Weyland

.ausgestrahlt-Shop

.ausgestrahlt unterstützt Dich mit Material für Dein Engagement gegen Atomkraft. Seite heraustrennen, ausfüllen, dabei nicht vergessen, auf der Rückseite Deine Adresse einzutragen, und per Fax (040 2531-8944) oder Post senden an: .ausgestrahlt, Marienthaler Str. 35, 20535 Hamburg. Oder einfach online bestellen unter www.ausgestrahlt.de/shop

Brennelemente-Steuer nicht abschaffen

NEU Flugblatt „Brennelemente-Steuer streichen? Das muss die SPD verhindern!“

Spricht direkt die SPD an und kann gut im SPD-Büro oder an SPD-Bundestagsabgeordnete überreicht werden.

_____ A4, zweiseitig – kostenlos M-305-15



NEU Postkarten an die SPD „5 Milliarden für AKW-Betreiber? #NeueGerechtigkeit“

Fordere Sigmar Gabriel, den SPD-Parteivorstand und Deine/n örtliche/n SPD-Bundestagsabgeordnete/n auf, sich für eine Gesetzesänderung einzusetzen, damit Brennelemente weiterhin besteuert werden – wie es die SPD selbst seit Jahren (und völlig zu Recht) fordert.

_____ Set aus 2 Postkarten, A6 – kostenlos M-305-16



„Merkel plant“-Plakat

CDU und CSU wollen die Brennelemente-Steuer Ende 2016 abschaffen. Nicht mit uns!

_____ A2 – kostenlos M-305-12

_____ A3 – kostenlos M-305-01



„Merkel plant“-Klappkarte

_____ A6, vierseitig – kostenlos M-305-13

Windschutzscheiben-Kärtchen

Kärtchen mit Infos zur Brennelemente-Steuer zum Ankleben an die Scheiben parkender Autos

_____ A8 – kostenlos M-305-03



NEU Plakat & Transparent „Keine Steuerbefreiung für AKW!“

Ideal für Aktionen vor Wahlkreis- und Parteibüros von SPD, CDU, CSU ..., für Infostände oder für Balkongeländer, Hauswand und Garagentor. Transparent aus wetterfestem Glanzpolyester, mit Tunneln zum Einstecken von Stäben an beiden Seiten und Ösen an den Ecken zum Befestigen. Plakat aus Papier (bei Bedarf auf Pappe oder Schild kleben).

Plakat

_____ A2 – kostenlos M-305-14

Transparent, 300 x 90 cm

_____ ermäßigt – 20 Euro V-305-01-E

_____ normal – 25 Euro V-305-01-N

_____ Soli – 30 Euro V-305-01-S

Unterschriftenliste

Platz zum Sammeln von jeweils 14 Unterschriften

_____ A4, zweiseitig – kostenlos M-305-02



Hintergrund-Info „Brennelemente-Steuer“

Fragen und Antworten zur geplanten Steuer-Befreiung für Atomkraftwerke

_____ A5, vierseitig – kostenlos M-305-04



Atommüll

NEU Reader „Atommüllkommission am Ende – Konflikte ungelöst“

Textsammlung zum Abschlussbericht der Atommüllkommission, herausgegeben von .ausgestrahlt, BI Lüchow-Dannenberg, AG Schacht Konrad (2. und ergänzte Auflage, Juli 2016).

_____ A4, 134 Seiten – 5 Euro (Schutzgebühr)
V-302-06



Infografik-Faltblatt „Der Atommüll-Konflikt“

Illustriert anschaulich den Atommüll-Konflikt und warum auch die Atommüll-Kommission ihn nicht lösen konnte. Gefaltet auf Briefumschlagformat. Stand Juli 2015, Restbestand zum reduzierten Preis!

_____ 17,6 x 99,3 cm (ausgeklappt) – jetzt nur noch 10 Cent V-302-03



Broschüre „Das Atommüll-Desaster“

Beispiele des Scheiterns – vom Uran-Bergbau über die Urananreicherung, den AKW-Betrieb, den Abriss von Atomanlagen bis zu „Endlager“-Projekten

_____ A4, 24 Seiten – 1 Euro V-125-16



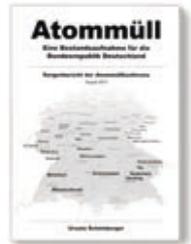
Flyer „Das Atommüll-Desaster“

_____ DIN lang, sechsseitig – kostenlos M-302-22

Broschüre „Atommüll – Eine Bestandsaufnahme für die Bundesrepublik Deutschland“

Sorgenbericht der Atommüllkonferenz (Hrsg.), 2013 inkl. A1-Plakat „Atommüll-Landkarte“

_____ A4, 272 Seiten – 15 Euro V-124-10



Neues von der Sonne

NEU Mega-Aufkleber „Atomkraft? Nein danke“

Nicht zu übersehen: Der Klassiker – ganz groß! Wetterfest.

_____ ø 45 cm – 8 Euro V-123-24

NEU Fenster-Aufkleber „Atomkraft? Nein danke“

Klebe die Anti-Atom-Sonne wettergeschützt an die Innenseite Deines (Auto-)Fensters – damit man sie von außen sieht. Selbstklebende Folie.

_____ ø 11,5 cm – 1,50 Euro V-123-25



Frisbee-Scheibe „Atomkraft? Nein danke“

Spielend leichter Anti-Atom-Protest mit der .ausgestrahlt-Frisbee. Hält Dich in Bewegung ... Polypropylen.

_____ ø 22 cm – 1,50 Euro V-123-25



.ausgestrahlt

ausgestrahlt-Magazin Nr. 32

Zum Auslegen und Verteilen

_____ A4, 24 Seiten – kostenlos M-121-32



Adresse

Vorname: _____

Nachname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

E-Mail: _____

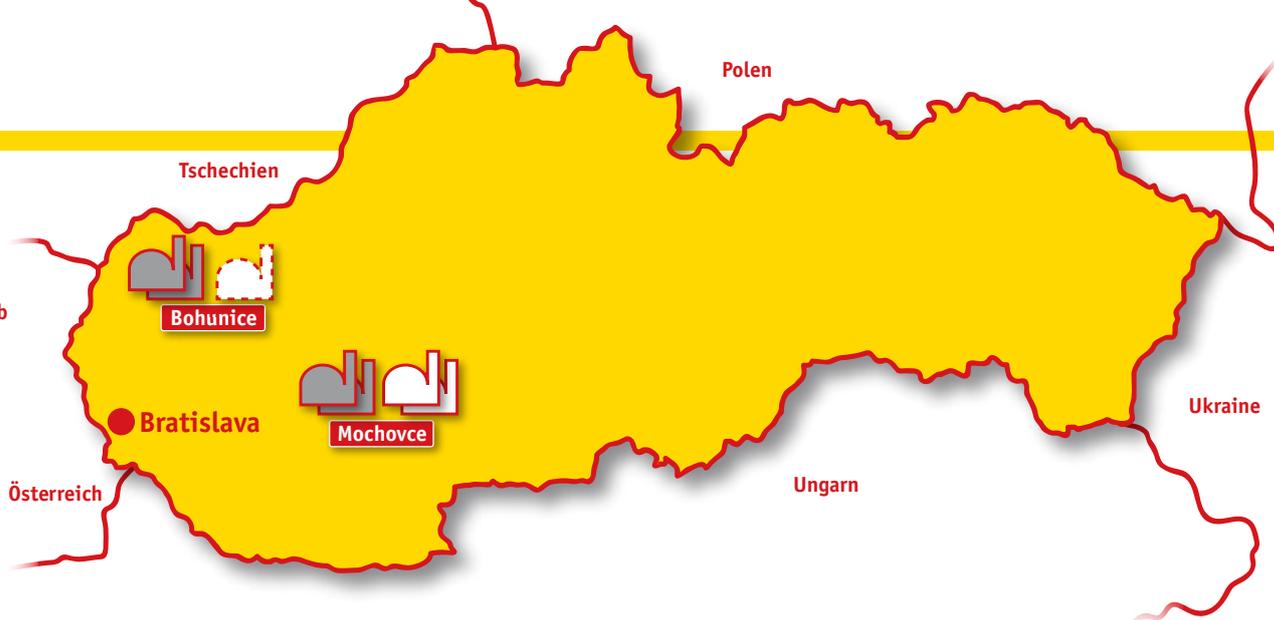
Ich bestelle die Materialien wie eingetragen und bitte um Lieferung an oben angegebene Adresse. Es fallen zusätzlich 4,70 Euro für Versand und Verpackung an. Ich überweise nach Erhalt der Lieferung und Rechnung.

Bitte schickt mir regelmäßig kostenlos: per Post das .ausgestrahlt-Magazin den E-Mail-Newsletter

Datum, Unterschrift: _____

an .ausgestrahlt, Marienthaler Str. 35, 20535 Hamburg • Fax 040 2531-8944 • www.ausgestrahlt.de/shop





Atomkraft in der Slowakei

Hintergrund | Der EU-Beitritt bringt das Aus für zwei Reaktoren, nicht aber für den Bau von neuen – selbst mit 30 Jahre alten Teilen

Robert Fico, der slowakische Regierungschef, betonte 2012, niemand könne die Slowakei davon überzeugen, dass sie ohne Atomenergie überleben könne. Deswegen erweitere man die Atomkraftwerke Mochovce und Jaslovské Bohunice. Nationalistischer Glaube ist offenbar stärker als die Realität der weltweiten Energiewende.

Die derzeit vier Reaktoren, je zwei an den Standorten Mochovce und Bohunice, lieferten 2014 57 Prozent des in der Slowakei produzierten Stroms. Sie sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen Geschichte mit vielen Problemen und Katastrophen inklusive einer teilweisen Kernschmelze: In der ehemaligen Tschechoslowakei wurde bereits 1958 ein eigener 110-Megawatt-Prototyp eines AKW entwickelt, der 1972 als „A1“ in Bohunice in Betrieb ging. Nach zwei Unfällen 1976 und 1977 – ersterer mit zwei Todesfällen, letzterer mit einer teilweisen Kernschmelze – wurde der Reaktor geschlossen und die Atomindustrie stieg auf die damals im Ostblock bewährte sowjetische Reaktorlinie WWER um. In Bohunice entstanden vier dieser Reaktoren. Die zwei älteren stuft die EU als so riskant ein, dass sie im Beitrittsvertrag mit der Slowakei das Aus für sie festschrieb, Block 3 und 4 sind noch am Netz.

Der Neubau eines fünften Blocks ist geplant. Die grenzüberschreitende Umweltver-

träglichkeitsprüfung (UVP) dafür läuft bereits, auch wenn Reaktortyp und Finanzierung völlig unklar sind: Es bleibt die Frage, welcher Investor in Zeiten niedriger Strompreise mehrere Milliarden in einen weiteren Reaktor versenken soll.

Mochovce: Der Uralt-Neubau

Die Reaktorblöcke 1 und 2 im AKW Mochovce stammen aus der zweiten WWER-Generation – Druckwasserreaktoren ohne ein Volldruck-Containment, welches im Falle einer Kernschmelze den Austritt radioaktiver Stoffe zumindest zeitweise aufhalten könnte. Noch unter sozialistischer Regierung begann am selben Standort 1985 der Bau eines dritten und vierten Reaktors, der jedoch nach der Wende zum Kapitalismus 1993 aus Gründen mangelnder Finanzierbarkeit abgebrochen wurde. 16.000 Bauteile wurden am Standort eingemottet, die teiltfertiggestellten Investitionsruinen versanken für 15 Jahre in atomaren Dornröschenschlaf.

Der wurde zum Albtraum, als die Regierung 2004 beschloss, beide Reaktoren doch noch fertigbauen zu lassen – bei der Privatisierung des bisherigen Monopolisten Slovenske Elektrarne und dem Verkauf an die italienische Enel (mittlerweile an die tschechische EPH-Gruppe) war dies Bedingung. Zwar ist das Projekt derzeit fünf Jahre verspätet, die Kosten

von geschätzten 2,78 Milliarden Euro haben sich auf 5,1 Milliarden Euro fast verdoppelt. Dennoch sieht es so aus, als ob Reaktor 3 nächstes Jahr in Betrieb gehen wird – trotz des rechtlichen und zivilgesellschaftlichen Widerstands insbesondere aus dem nur 160 Kilometer entfernten Österreich: Die Slowakei erklärte das grenzüberschreitende UVP-Verfahren im Mai 2010 einseitig für „abgeschlossen“. Nach österreichischem Protest entschuldigte sich die damalige Premierministerin und kündigte an, dass vor der Inbetriebnahme von Block 3 eine weitere grenzüberschreitende UVP der Anlage durchgeführt und sicherheitsrelevante Aspekte thematisiert und behoben würden. Dies muss nun aber noch durchgesetzt werden. Die langjährige Arbeit von GLOBAL 2000 / Friends of the Earth Austria zu Mochovce wurde begleitet von Aktionen vor Ort zusammen mit slowakischen Partnerorganisationen und mehreren Rechtsverfahren. Das Aarhus Compliance Komitee der Vereinten Nationen befand 2010 aufgrund einer Beschwerde, dass die Slowakei bei der Erteilung von Änderungs-genehmigungen nicht die vorgesehene Öffentlichkeitsbeteiligung gewährt. Allerdings ignoriert die Slowakei diese Verurteilung einfach.

GLOBAL 2000 wird auf diesen Bruch des internationalen Rechts hinweisen. Eine „harte“ UVP der bereits existierenden Anlage wird die Mängel des Reaktortyps und der schon vor Betriebsbeginn gealterten 16.000 Komponenten zeigen, eine – teure – Nachrüstung zumindest etwas mehr Sicherheit bringen. Der noch viel größere Schritt ist aber, die slowakischen Nationalisten in der Regierung davon zu überzeugen, dass der Wind auch in der Slowakei weht und die Sonne auch in der Slowakei scheint – und das viel sichereren und billigeren Strom bringt als ihre Träume vom Atomstaat.

Reinhard Uhrig, Global 2000

www.global2000.at/atomkraft-der-slowakei

Atommüll-Konflikte ungelöst

Treckerstau mitten im Regierungsviertel, Atommüllfässer, gelbe X-e und ein großes Banner: „Atommüll-Kommission am Ende – Konflikte ungelöst“. Die Protest-Aktion von .ausgestrahlt, BI Lüchow-Dannenberg, Bäuerlicher Notgemeinschaft und AG Schacht Konrad am 5. Juli in Berlin bringt das Ergebnis der vom Bundestag eingesetzten Atommüll-Kommission auf den Punkt. Ein „belastbarer nationaler Lösungsansatz“ für die möglichst sichere Lagerung radioaktiver Abfälle, den das Gremium finden sollte, ist nicht in Sicht. Der angekündigte „breite gesellschaftliche Diskurs“ ist wegen Zeitproblemen ausgefallen. Der einzige Umweltverband, der sich überhaupt an der Kommission beteiligt hat, lehnt deren Ergebnis ab. Und die Bundesländer Bayern und Sachsen kündigen schon vor Übergabe des Abschlussberichts ihren Widerstand gegen die Untersuchung kristalliner Gesteinsformationen an. Von einer Einigung oder gar einem Konsens in der Atommüll-Frage kann also keine Rede sein. Mehr als 50 Anti-Atom-Initiativen und -Organisationen, darunter .ausgestrahlt, kritisieren in ihrer gemeinsamen Erklärung darüber hinaus die Weigerung der Kommission, aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen, ihr Festhalten an überkommenen Lagermethoden sowie ihre Fixierung auf den maroden Salzstock in Gorleben. „Die Empfehlungen sind so vage gehalten, dass damit jeder politisch ausgehandelte Standort legitimiert werden kann“, urteilt .ausgestrahlt-Sprecher Jochen Stay vor den JournalistInnen der Bundespressekonferenz: „Das Ergebnis der Kommission ist nicht dazu geeignet, den gesellschaftlichen Konflikt um die strahlenden Abfälle zu überwinden.“ Aktuelle Analysen zu Arbeit und Ergebnis der Kommission plus die wichtigsten Dokumente und Positionen aus drei Jahren Auseinandersetzung um Endlagersuchgesetz und Kommission bündelt ein 134-seitiger Reader (Bestellung auf S. 20). Mehr Infos sowie das Video des Pressestatements unter www.ausgestrahlt.de



Protest zur Übergabe des Abschlussberichts der Atommüll-Kommission am 5. Juli in Berlin

Fotos: Kina Becker / PubliXviewing

Schrauben locker im AKW Philippsburg

Kontrolleure tricksen, vorgeschobene Kontrollen finden nicht statt: Nicht zum ersten Mal macht das AKW Philippsburg im April mit gefährlichen Schlamperereien von sich reden. Unter anderem ist von einer einzigen gebrochenen Schraube an einem einzigen Notstromaggregat die Rede. .ausgestrahlt hakt nach – und deckt auf: Mehr als 50 Schrauben an mehreren Dieselgeneratoren sind seit Monaten locker, ohne dass es jemandem aufgefallen wäre, auch die Ursache des Schraubenbruchs ist unklar. Mehr dazu auf Seite 18.



Foto: Daniel Meier-Gerber / EnBW



EU-Atompläne stoppen

Ein an die Öffentlichkeit gespielter interner Entwurf der EU-Kommission enthüllt Pläne, die Atomindustrie und die Markteinführung neuer Reaktoren mit neuen Subventionen aus unseren Steuergeldern zu unterstützen. Das könnte die an sich längst unwirtschaftliche Atomtechnik auch in Europa wieder salonfähig machen. Um einen solchen Rückfall ins Atomzeitalter zu verhindern und dem Vorstoß eine klare Absage zu erteilen, startet .ausgestrahlt gemeinsam mit der europäischen Kampagnen-Plattform wemove.eu am 1. Juni eine eilige Online-Aktion. Kein Steuergeld für neue Reaktoren, egal ob mini oder groß – mehr als 61.000 Menschen haben bereits unterschrieben. Und weil sich die EU-Kommission bisher weigert, die Unterschriften entgegenzunehmen, können noch weitere hinzukommen: www.ausgestrahlt.de

Keine Dividende für Zechpreller

Als „Zechprellerei zu Lasten der Allgemeinheit“ geißelt .ausgestrahlt die fortgesetzten Versuche von Eon, die atomaren Folgekosten im größtmöglichen Umfang auf die SteuerzahlerInnen abzuwälzen. Selbst der von der Atomfinanz-Kommission geforderte Minimalbeitrag ist dem Konzern noch zu viel. Dabei schüttet er allein in diesem Jahr eine Milliarde Euro Dividende an seine AktionärInnen aus. Vor dem Eingang zur Jahreshauptversammlung in Essen legt .ausgestrahlt am 8. Juni mit großen Bannern den Finger in die Wunde: „... und wer zahlt die Atommüll-Zeche?“ Die Ausgliederung von Uniper, der die AnteilseignerInnen an diesem Tag ihr Plazet geben, verkleinert die Haftungsmasse des Eon-Konzerns drastisch und erhöht somit das Risiko für die SteuerzahlerInnen, dass sie am Ende nicht nur für den Atommüll, sondern auch noch für den Abriss der Eon-AKW zahlen müssen.



Foto: Lars Hoff

Kultur und Widerstand in Gorleben

Mit der Ausstellung „Fukushima, Tschernobyl und wir“ und jeder Menge Infomaterial zur Brennelemente-Steuer ist .ausgestrahlt von Himmelfahrt bis Pfingsten bei der Kulturellen Landpartie (KLP) im Wendland vertreten. Beim großen Widerstandsfest in Gorleben am Pfingstfreitag protestieren Zehntausend AtomkraftgegnerInnen dagegen, dass der marode Salzstock noch immer als Atommülllager im Gespräch ist.

www.kulturelle-landpartie.de



Foto: Andreas Conradt / PubliXviewing



Foto: Bundesverband Erneuerbare Energie e.V.

Energiewende retten

Mehr als 8.000 Menschen ziehen am 2. Juli in einem kämpferischen Protestzug durch das Berliner Regierungsviertel. Sie protestieren gegen die geplante EEG-Novelle, welche die Energiewende abzuwürgen droht. Die vom Bundesverband Erneuerbare Energien als „Koalition der Unerwarteten“ bezeichnete Demo vereint LandwirtInnen, Erneuerbare-Energien-HerstellerInnen, Anti-Atom- und Anti-Kohle-Bewegung bis hin zu Bürgerenergie-AkteurInnen. „AKW abschalten statt Windkraft-Ausbau deckeln!“ fordert .ausgestrahlt und weist in seinem Redebeitrag sowie mit Flyern auf die von SPD und CDU geplante Abschaffung der Brennelemente-Steuer für AKW hin. Diese würde den Betrieb der alten, gefährlichen Reaktoren finanziell belohnen – das Gegenteil von Energiewende. Das überzeugt auch Toto-Frontman Bobby Kimball, der sogleich für die weitere Besteuerung des Atombrennstoffs unterschreibt.

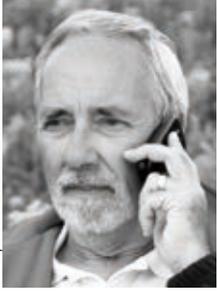
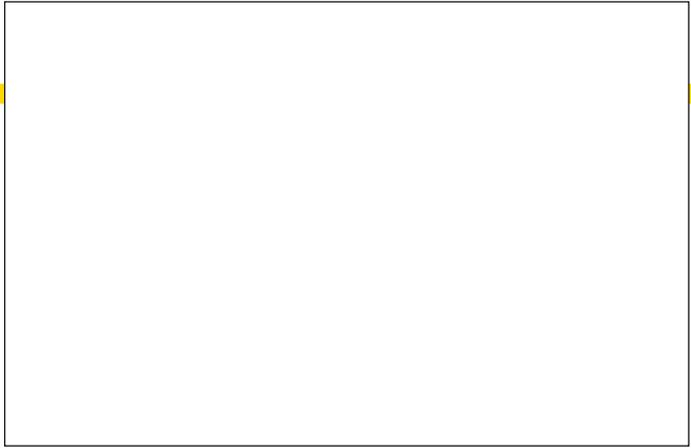


Foto: privat

„Ich fördere ausgestrahlt, weil der ‚Druck der Straße‘ nicht nachlassen darf. Nur so gibt es ein Gegengewicht gegen Atom-Lobbyisten und die ihnen nahestehenden Politiker. Lasst uns weiter Sand im Getriebe der Atomindustrie sein!“

Frank Meier-Bant, Rastorf bei Kiel

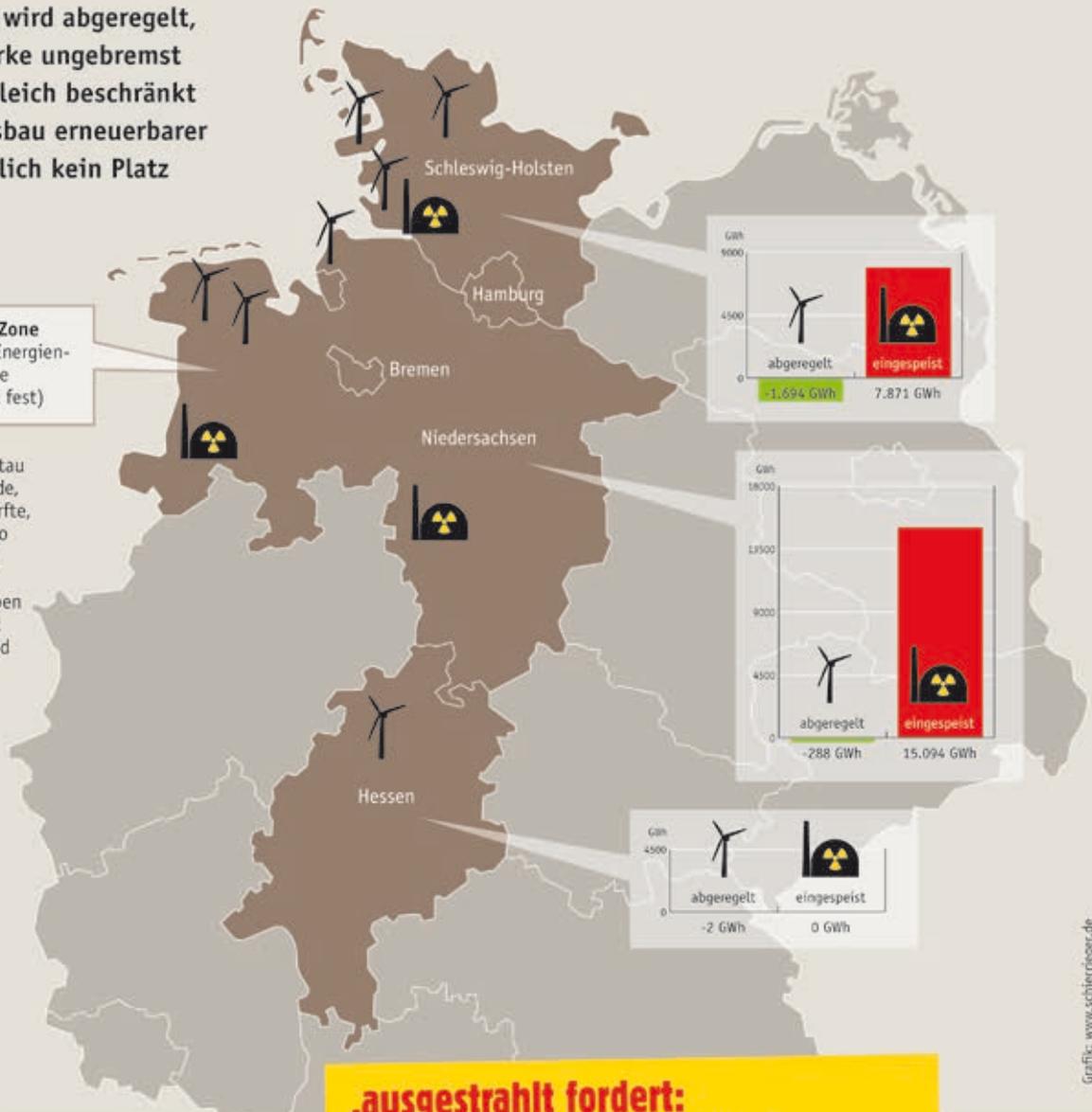


Atomstrom verstopft das Netz

Infografik | Ökostrom wird abgeregelt, während Atomkraftwerke ungebremst Strom einspeisen. Zugleich beschränkt die Regierung den Ausbau erneuerbarer Energien – weil angeblich kein Platz im Stromnetz ist

Windausbau-Behinderungs-Zone im novellierten Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG Juli 2016; genaue Ausdehnung steht noch nicht fest)

- Ökostrommenge, die wegen Stau im Stromnetz abgeregelt wurde, also nicht erzeugt werden durfte, in Gigawattstunden (GWh) pro Bundesland, Jan.-Sept. 2015
- Atomstrommenge, die im selben Zeitraum ins Netz eingespeist werden durfte, pro Bundesland



ausgestrahlt fordert:

- Echter Vorrang für Wind und Sonne
- Atomkraftwerke abschalten – auch um Platz im Netz zu schaffen

Quelle: Bundesamt für Strahlenschutz (Atomstrommengen); Bundesnetzagentur, Quartalsberichte zu Netz- und Systemsicherheitsmaßnahmen (abgeregelte eE-Erzeugung); Die Welt (geplante Windausbau-Behinderungs-Zone)